

# Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Land Bremen

*Bericht zur Abfrage der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Landesaktionsplan zum  
11. Mai 2017*

## **Aufteilung der Zeiträume**

<i>Zeitraum 2013 - 2014</i> .....	2
<i>Zeitraum 2015</i> .....	15
<i>Zeitraum 2016</i> .....	24
<i>Zeitraum 2017 - 2019</i> .....	30
Laufend/ In Bearbeitung / Kontinuierlicher Prozess/ Kommender Berichtszeitraum .....	32

**Zeitraum 2013 - 2014**

<b>Zeiträumen der Umsetzung</b>	<b>Handlungsfeld</b>	<b>Maßnahme</b>	<b>Federführung Weitere Beteiligte</b>	<b><u>Nummer</u></b>
Begonnen Ende 2012 Projektzeitraum circa 4 Jahre	Barrierefreie Mobilität	Stadtführer Barrierefreies Bremen - Informationen für Alle.	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	<b>0</b> SWAH / Fr Dr. Lübben: Der Stadtführer „Barrierefreies Bremen- Informationen für Alle“ befindet sich in der Umsetzung und wird fortlaufend gepflegt und fortgeführt. Wir bemühen uns im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2018/2019 weiterhin Mittel für das Projekt zur Verfügung stellen zu können.
Ab 2013 fortlaufend	Arbeit und Beschäftigung	Die Weiterentwicklung der Tagesförderstätten hängt mit der vertraglich hinterlegten Zielsetzung zusammen: Sie soll den Menschen auf einen Arbeitsplatz in der Werkstatt für behinderte Menschen hinführen. Zu überprüfen sind die Kooperations- und Kommunikationsstrukturen zwischen der Werkstatt und der Tagesförderstätte	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, <u>Integration und Sport</u> Tagesförderstätten, Magistrat Bremerhaven, Werkstätten für behinderte Menschen	<b>1</b> Das Fachreferat steht mit den Werkstätten und Tagesförderstätten in einem ständigen Qualitätsentwicklungsdialog. Auf der Grundlage entsprechender rahmen- und/oder einzelvertraglicher Regelungen wird die Zielsetzung der Durchlässigkeit zwischen den Systemen verbindlich hinterlegt und die Einhaltung überprüft. In Form gemeinsamer Fachrunden mit allen Trägern und dem Fachreferat werden die hemmenden und störenden Faktoren beim Wechsel und den Übergängen erörtert. Kooperationen zwischen der Werkstatt Martinshof und den Tagesförderstätten sind bereits umgesetzt.

Beginnend im ersten Halbjahr 2014	Bauen & Wohnen	Angebote verschiedener Unterstützungsformen und persönlicher Assistenz in Form von Modulen für eine selbstbestimmte Lebensführung entwickeln.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<b>2</b> Dies ist ein langfristiger, laufender Prozess. Er steht im Zusammenhang mit der Umsteuerung bestehender Wohnformen, Einrichtungen, Maßnahmen und Verträgen. Dabei sind die vorhandenen Wohnangebote, die vorhandenen Einrichtungen und Angebote vor Ort zu vernetzen, Lücken zu identifizieren und dann zu füllen. Beratungen und Umsetzungsgespräche dazu haben begonnen. Konkrete Module sind noch nicht entwickelt.
Juli 2014	Bauen & Wohnen	Herstellung der Barrierefreiheit im Ortsamt Horn-Lehe.	<u>Senatskanzlei</u> Immobilien Bremen	<b>3</b> Umgesetzt
Erste Ergebnisse ab Juli 2014	Gesundheit und Pflege	Bei der Fort- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern sollen Kenntnisse und Sensibilisierung über die unterschiedlichen Anforderungen behinderter Patientinnen und Patienten vermittelt werden.	Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und <u>Verbraucherschutz</u> Bremische Krankenhausgesellschaft	<b>4</b> Die Auswertung des ersten Fortbildungsberichtes von 2014 hatte noch kein klares Bild ergeben. Die meisten Krankenhäuser haben inzwischen Maßnahmen zur Fort- und Weiterbildung und konkrete Maßnahmen ergriffen (siehe auch die Ausführungen zu Pkt. 39). Der zweite Bericht in 2016 wurde aus organisatorischen Gründen nicht erstellt. Gleichwohl kann eine kontinuierliche Sensibilisierung für die Belange teilhabeberechtigter Menschen konstatiert werden.
2. Halbjahr 2014	Bauen & Wohnen	Schulung von Ortsbeiräten und Ortsamtsleiterinnen und Ortsamtsleitern zum Thema „Barrierefreiheit“.	<u>Senatskanzlei</u> Landesbehindertenbeauftragter, Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<b>5</b> Erledigt. Am 14. Januar 2017 fand eine Schulung der Beiräte zum Thema „Barrierefreiheit im öffentlichen Raum“ in Zusammenarbeit mit dem Landesbehindertenbeauftragten, dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr und Herrn Theiling (Protze & Theiling) mit ca. 20 TN statt.

3. Quartal 2014	Erziehung und Bildung	Etablierung einer Projektgruppe aus Krippenvertreterinnen und Krippenvertretern, Interdisziplinären Frühförderstellen und Eltern zu den Förderbedingungen in Krippengruppen.	Senatorin für Kinder und Bildung	<p style="text-align: center;"><b>6</b></p> <p>Ende 2011 wurde eine Unterarbeitsgruppe der Arbeitsgruppe nach § 78 SGB VIII mit dem Titel „Zusätzliche Betreuungsbedarfe unter 3jähriger Kinder mit Förderbedarf“ eingesetzt. Da sich eine konkrete Beantwortung dieser Fragestellung als schwierig erwies, wurde ein Best-Practice-Projekt zu diesem Thema geplant. Im Zeitraum 2014-2016 wurde bei KiTa Bremen das Projekt „Inklusive Bildung von Kindern mit Förderbedarf im Alter bis zu 3 Jahren in den Kinder- und Familienzentren des Eigenbetriebs KiTa Bremen“ durchgeführt. Im April 2016 wurde ein ausführlicher Abschlussbericht mit umfanglichen Empfehlungen vorgelegt.</p>
Herbst 2014	Belange behinderter Menschen mit Migrationshintergrund	Zwischen der AG Gesundheit des Bremer Rats für Integration und dem Landesbehinderten-beauftragten wird ein Austausch über mehrere Monate zum Thema Migration und Behinderung stattfinden	Büro des Landesbehinderten-beauftragten	<p style="text-align: center;"><b>7</b></p> <p>Austausch hat stattgefunden / Zum Abschluss gem. Veranstaltung „Brücken bauen“ - 26.02.15</p>
Ab Herbst 2014	Evaluation und Novellierung des BremBGG	Evaluation des BremBGG	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, <u>Integration und Sport</u> Landesbehinderten-beauftragter Landesteilhabebeirat	<p style="text-align: center;"><b>8</b></p> <p>Der Landesteilhabebeirat hat am 09.06.2016 einen Beschluss zur Überarbeitung des BremBGG gefasst. Er hat gleichzeitig einen Arbeitsentwurf für einen Vorschlag zur Novelle des BremBGG vorgelegt. Anhand dieses Arbeitsentwurfes und des Bundesgleichstellungsgesetzes wurde ein 1. Arbeitsentwurf des Sozial-Ressorts zur Novelle erarbeitet. Es wurde eine Zeitschiene erarbeitet, die dem Landesteilhabebeirat vorliegt. Danach ist vorgesehen, den 1. Arbeitsentwurf spätestens am 18.05.2017 zu versenden.</p>

Herbst 2014	Gesundheit und Pflege	Bremer Empfehlungen zur Versorgung von Menschen mit Demenz im Akutkrankenhaus.	Bremische Krankenhausgesellschaft Planungsausschuss Krankenhaus	<b>9</b> Es wurde von der Gesundheitsbehörde ein ExpertInnenrat eingerichtet. Dieser hat Empfehlungen für die Krankenhäuser ausgesprochen. Aktuell läuft eine Fragebogenaktion in allen Krankenhäusern, inwieweit die Empfehlungen umgesetzt werden können. Die Befragung soll alle 2 Jahre wiederholt werden.
Herbst 2014	Kultur, Freizeit und Sport	Klarstellung zur Barrierefreiheit auch im Denkmalschutzgesetz. Bei der anstehenden Novellierung des Bremischen Denkmalschutzgesetzes ist im Konsens zwischen Ressort, Landesdenkmalpfleger und dem Landesbehindertenbeauftragten eine entsprechende Regelung erarbeitet...(siehe LAP)	<u>Senator für Kultur</u> Landesamt für Denkmalpflege	<b>10</b> Formulierung ist zwischen Landesamt für Denkmalpflege, Landesbehindertenbeauftragtem und Kulturressort abgestimmt und unstrittig; Da eine Reihe weiterer Passagen ohne Bezug zur Barrierefreiheit überarbeitet werden, ist die Vorlage für Sommer 2017 geplant
Modelhaft geplant ab dem 01.10.2014	Arbeit und Beschäftigung	Erprobung anonymisierter Bewerbungsverfahren über das Online-Bewerbungsmanagementsystem „Kopers“ in Bereichen, in denen die Voraussetzungen wie Möglichkeiten zur Standardisierung und Digitalisierung gegeben sind.	<u>Senatorin für Finanzen</u> Speziell ausgewählte Ressorts bzw. Dienststellen	<b>11</b> Durch ein derzeitiges Moratorium des Projektes KoPers wurden bislang keine weiteren Schritte eingeleitet.
4. Quartal 2014	Erziehung und Bildung	Möglichkeit der pauschalierten Ausstattung von Einrichtungen mit Persönlichen Hilfen.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, <u>Integration und Sport</u>	<b>12</b>
4. Quartal 2014	Erziehung und Bildung	Prüfauftrag an Immobilien Bremen für eine mittelfristige Planung zur Weiterentwicklung der Barrierefreiheit in den KiTa Bremen Einrichtungen nach dem Vorbild „barrierefreiplus“ in Dortmund.	Senatorin für Kinder und Bildung	<b>13</b> .

4. Quartal 2014	Erziehung und Bildung	Für gehörlose Kinder und Eltern soll die Kommunikation in den Kindertagesstätten qualifiziert werden. Bildung bilingualer Projekte mit Gebärdensprachdolmetscherinnen und Gebärdensprachdolmetschern in einzelnen Kindertagesstätten (im Sinne einer Schwerpunkteinrichtung) und deren Erprobung.	Senatorin für Kinder und Bildung	<b>14</b> Für gehörlose Kinder wird versucht, in Kindertagesstätten persönliche Assistenzen einzusetzen, die gebärdensprachlich mit dem Kind kommunizieren können. In Einzelfällen können gehörlose Kinder auch in Kindertagesstätten gefördert werden, in denen gebärdensprachliche Erzieherinnen tätig sind. Projekte mit Gebärdensprachdolmetscher/innen haben nicht stattgefunden.
Erstmalig geplant bis Ende 2014	Erziehung und Bildung	Visuelle und sprachliche Betonung des Aspekts „schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber“ im Rahmen der Ausbildungskampagne „Du bist der Schlüssel...“.	<u>Senatorin für Finanzen</u> Aus- und Fortbildungszentrum	<b>15</b> Umgesetzt
Bis Ende 2014	Kultur, Freizeit und Sport	Der Senator für Inneres und Sport und der Landesbehindertenbeauftragte unterstützen die Implementierung eines Netzwerkes zum Thema „Inklusion im Sport“.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Landesbehinderten- <u>beauftragter</u> Beteiligte der AG Inklusion beim Projekt „Inklusion im Sport“	<b>16</b> Siehe auch Nr. 42 Modellvorhaben
Beginnend Ende 2014	Barrierefreie Mobilität	Der sogenannte Sonderfahrdienst für Personen im Rollstuhl, die den Öffentlichen Personennahverkehr nicht nutzen können, soll in Bezug auf die Anzahl der Fahrten und die Bedarfsfeststellung weiter flexibilisiert werden.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<b>17</b> Die „Rahmenrichtlinie für die Gewährung eines Sonderfahrdienstes in besonderen Fällen im Lande Bremen“ war bis zum 31.12.2016 befristet. Die Befristung wurde aufgehoben und eine weitere Befristung erfolgt nicht. Die Rahmenrichtlinie enthält die Erhöhung des maßgeblichen Grundbetrages der Einkommensgrenze nach § 85 SGB XII. Der Senat hat am 20.12.2016 der weiteren Erhöhung des Grundbetrages zugestimmt. Diese Verordnung tritt mit Ablauf des 31.12.2019 außer Kraft.

				Die Veränderung der Grundlage der individuellen Pauschale ist in der Bearbeitung.
Beginnend Ende 2014	Bauen & Wohnen	Förderung der Nutzung des Persönlichen Budgets und Bearbeitung der Landes-Rahmenrichtlinie.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<b>18</b> Die Landes-Rahmenrichtlinie ist entfristet. Für die Leistungen der „Ambulante Maßnahme Persönliche Assistenz (ISB)“ gibt es die Rahmensetzung Persönliches Budget nach § 17 SGB IX und Arbeitgebermodell nach § 66 SGB XII. Die Vergütung orientiert sich an den mit den ISB-Trägern vereinbarten Stundensätzen.
Beginnend Ende 2014	Bauen & Wohnen	Für Bremer/innen die außerhalb Bremens in Einrichtungen der Behindertenhilfe leben, soll ein Konzept für einen möglichen Rückzug nach Bremen, einschließlich einer persönlichen Zukunftsplanung, entwickelt werden.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<b>19</b> Der Schwerpunkt wird auf die Vermeidung ungewünschter externer Unterbringung gelegt. Gespräche in verschiedenen Gremien zur Weiterentwicklung der Angebote bzw. zu fehlenden Angeboten im Land Bremen werden geplant und durchgeführt.
Ab 2014	Barrierefreie Mobilität	Programm zur barrierefreien Umgestaltung der Haltestellen für Linienbusse in der Stadt Bremen.	Senator für Umwelt, Bau <u>und Verkehr</u> Amt für Straßen und Verkehr	<b>20</b> In Abteilung 6 im Hause SUBV steht eine Stellenbesetzung aus, z.Zt. Herr Melzer, in Abt. 5/ ASV zuständig Frau Gerber. Für Barrierefreiheit einschließlich Umgestaltung der Haltestellen sind im Finanzplan 2017 insgesamt 300.000 € eingestellt.
Ab 2014	Bauen & Wohnen	Barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung des gesamten Bremer Rathauses herstellen, insbesondere Prüfung eines barrierefreien Haupteingangs.	<u>Senatskanzlei</u> Immobilien Bremen Landeskonservator	<b>21</b> Neben der vorliegenden Machbarkeitsstudie für eine Rampenlösung am Neuen Rathaus wird aktuell als weiterer Lösungsansatz der Einbau einer absenkbaren Hebeplattform geprüft. An historischen Gebäuden in Frankreich und Schweden sind mit diesen Maßnahmen bereits erfolgreich barrierefreie Zugangsmöglichkeiten ohne Rampen geschaffen worden. Ein

				Umsetzungsvorschlag am Neuen Rathaus wird von Immobilien Bremen in den nächsten Wochen präsentiert.
Ab 2014	Erziehung und Bildung	Aufnahme des Themas Inklusion in den Zielvereinbarungen zwischen senatorischer Behörde und Hochschulen. Mindestinhalt: Inklusionskonzepte für alle Hochschulen.	Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz	<b>22</b>  Das Thema Inklusion ist in den Zielvereinbarungen mit allen Hochschulen enthalten. Die Universität hat bereits ihren Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK. Alle an-deren Hochschulen arbeiten an Inklusionskonzepten.
Umsetzung in 2014	Gesundheit und Pflege	Die Ärztinnen, Ärzte und Psychotherapeutinnen, Psychotherapeuten werden aufgefordert, sich am Stadtführer „Barrierefreies Bremen“ zu beteiligen. Hier sollten sich die Ärztinnen, Ärzte bereit erklären, die Praxen für die Darstellung im Stadtführer erheben zu lassen.	Die Zuständigkeit liegt bei der Selbstverwaltung. Die Senatorin für Gesundheit wirbt um die Einhaltung der Bremischen Landesbauordnung und der Beteiligung beim Stadtführer „Barrierefreies Bremen“.	<b>23</b>  Siehe Punkt 43
2014	Arbeit und Beschäftigung	Schaffung der Stelle eines Akquisiteurs von Integrationsprojekten in der Stadt Bremerhaven.	Amt für Versorgung und Integration	<b>24</b>  Umsetzung ist erfolgt. Seit dem 01.10.2016 wird in Bremerhaven mit einer 0,5 Stelle wie bisher die Integrationsberatung durchgeführt und mit einer weiteren 0,5 Stelle die Aufgaben der Akquise. Die Aufgaben nehmen jeweils zwei Teilzeitkräfte gemeinsam wahr.
2014	Arbeit und Beschäftigung	Programm der Bundesregierung zur intensivierten Eingliederung und Beratung von schwerbehinderten Menschen im Rahmen der Inklusionsinitiative: Umsetzung im Land Bremen durch die Träger der Arbeitsvermittlung mit Unterstützung vom Amt für Versorgung und Integration und dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.	Träger der <u>Arbeitsvermittlung</u> Amt für Versorgung und Integration, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	<b>25</b>  Umsetzung nicht mehr möglich Das BMAS hat leider dem Projekt „Mentor“ des Jobcenters Bremen keine Förderzusage erteilt. Ein weiterer Antrag kann nicht mehr gestellt werden.  Dem letzten Bericht ist nichts hinzuzufügen. Die Sache hat sich erledigt.



2014	Arbeit und Beschäftigung	Umfassendes öffentliches Controlling der Förderung aus Mitteln der Ausgleichsabgabe im Land Bremen im Rahmen der Deputations-Berichterstattung zum Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm (BAP) 2014 - 2020.	Amt für Versorgung und Integration, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	<p style="text-align: center;"><b>26</b></p> <p>Das AVIB wird der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen in 2017 eine Strategie zur weiteren Verwendung der Ausgleichsabgabe vorlegen. Diese Strategie enthält als Bestandsaufnahme zugleich einen Zwischen-Bericht zum Fonds D im Zeitraum 2014 – 2016 (Soll / Ist) und die Aufstellung neuer Planzahlen ab 2017.</p>
2014	Arbeit und Beschäftigung	Netzwerkzusammenschluss der Partner vom Amt für Versorgung und Integration und dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen im Bereich der Förderung von Integrationsprojekten bilden.	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	<p style="text-align: center;"><b>27</b></p> <p>Dem letzten Bericht ist nichts hinzuzufügen. Integrationsprojekte sind beim AVIB nach wie vor ein voller Erfolg. Es sind zusätzlich absehbar bereits rund 1,4 Mio. aus dem Förderprogramm des Bundes „AlleimBetrieb“, die für Bremen bereit standen, für neue Integrationsprojekte verplant.</p>
2014	Gesundheit und Pflege	Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit für die barrierefreie gynäkologische Praxis durch den Senator für Gesundheit. Informationsschreiben sowie Broschüren an alle niedergelassenen Ärzte. Für das Jahr 2014 wird ein neues Konzept zur Bewerbung der Praxis erarbeitet...	Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und <u>Verbraucherschutz</u> Runder Tisch „Barrierefreie Gynäkologische Praxis“	<p style="text-align: center;"><b>28</b></p> <p>Das Angebot besteht weiterhin Im Dezember 2015 wurde im Teilhabebeirat ausführlich berichtet. Wegen der bisher nur abends zur Verfügung stehenden Sprechstunden wurde von der Gesundheitsbehörde inzwischen die Kassenärztliche Vereinigung angesprochen. Die Terminkoordination erfolgt jetzt über die dortige Servicestelle für die Vermittlung von Facharztterminen, die Mo. – Freitag von 9-12 und von 15-16 Uhr sowie am Freitag von 9-12 Uhr telefonisch erreichbar ist.</p>
2014	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Überprüfung der Bereitschaft der Blindenvereine zur Herstellung von Stimmzettelschablonen (§ 33 Absatz 4 BremLWO).	Senator für Inneres	<p style="text-align: center;"><b>29</b></p> <p>Wie bei den letzten Wahlen auch, werden entsprechende Schablonen bei den nächsten Wahlen im Zusammenarbeit mit dem Wahlamt vorbereitet. ... sofern Blindenvereine zur Herstellung von Stimmzettelschablonen bereit sein.</p>

Ab 2014 fortlaufend	Erziehung und Bildung	In 2014 wird der Rahmen für eine externe Evaluation festgelegt, um die Veränderungen aus der Neuorganisation der Frühförderung durch die Interdisziplinären Frühförderstellen zu bewerten.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<b>30</b> Für das Jahr 2015 wurde in Abstimmung mit der Vertragskommission Frühförderung eine „kleine“ Evaluation durchgeführt. Die Erhebung ist abgeschlossen. Die Auswertung dieser intern durchgeführten Evaluation wurde abschließend geprüft und bewertet. Die Ergebnisse wurden am 03.11.2016 im Jugendhilfeausschuss und im Landesjugendhilfeausschuss berichtet.
2014 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Mobiler Dienst für die sonderpädagogischen Förderbereiche Sehen, Hören, körperlich-motorische Entwicklung <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erarbeitung der Konzeption für die jeweiligen Förderbereiche</li> <li>• Umsetzung der Forderungen in der Verordnung für unterstützende Pädagogik</li> </ul>	Senatorin für Kinder und Bildung	<b>31</b> Wurde eingerichtet - ist umgesetzt
2014 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Umsetzung des Entwicklungsplans Migration und Bildung.	Senatorin für Kinder und Bildung	<b>32</b> Wird umgesetzt, Unterausschuss Migration und Bildung als politisches Gremium aktiv
2014 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Fortbildungen - Begleitprogramm zur Umsetzung des inklusiven Prozesses an Bremer Schulen.	Landesinstitut für Schule	<b>33</b> Neues Programm für das kommende Schuljahr 2016/17 aufgelegt und im Internet zugänglich
2014 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Konzeption und deren Umsetzung zum Einsatz der Assistenz in Schule.	Senatorin für Kinder und <u>Bildung</u> Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<b>34</b> Siehe Punkt 12

2014 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Weiterentwicklung der Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren <ul style="list-style-type: none"> <li>• Zusammenarbeit mit dem Amt für Soziale Dienste</li> <li>• Schulergänzende und schulersetzende Maßnahmen im Bereich der emotional-sozialen Entwicklung</li> </ul>	Senatorin für Kinder und <u>Bildung</u> Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<b>35</b>  Ist umgesetzt
2014 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Berufsorientierung unter dem Aspekt der inklusiven Beschulung <ul style="list-style-type: none"> <li>• Konzeption und Standards zur Umsetzung der Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarf</li> <li>• Berufsorientierung unter dem Aspekt der Möglichkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt (insbesondere im Bereich der kognitiven Beeinträchtigungen)</li> </ul>	Senatorin für Kinder und Bildung	<b>36</b>  Bund-Ländervereinbarung zur vertiefenden Berufsorientierung in der Phase der Konzeption, Initiative Inklusion des Bundes wird eingebunden, so, dass die vertiefende Berufsorientierung für alle Schülerinnen und Schüler durchgeführt werden kann
2014 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Inklusion als einen Arbeitsschwerpunkt des Landesausschusses für Weiterbildung vereinbaren (Zielsetzung). Das Thema Inklusion mittelfristig in allen geförderten Weiterbildungseinrichtungen systematisch vereinbaren (Zielsetzung).	Landesausschuss für Weiterbildung	<b>37</b>

<p>Zielvereinbarungen 2014, Schulung 2015, Vorbereitung erster Wahlen ab 2016</p>	<p>Schutz der Persönlichkeitsrechte</p>	<p>Frauenbeauftragte in Einrichtungen schaffen. Zielvereinbarungen zwischen den Beteiligten verabreden. Schulung im Rahmen des Bundesmodellprojekts – Teilnahme Bremen.</p>	<p>Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, <u>Integration und Sport</u> ZGF</p>	<p><b>38</b> Durch das Bundesteilhabegesetz ist die Wahl von Frauenbeauftragten in Werkstätten für behinderte Menschen im Rahmen von Mitbestimmung und Mitwirkung geregelt. Weiterhin wird die Umsetzung von Schulungen für Frauenbeauftragte in Werkstätten auf Basis der Werkstätten-Mitwirkungsverordnung (WMVO) geplant. Die verbindliche Einführung von Frauenbeauftragten in Wohneinrichtungen ist im Novellierungsentwurf des Bremischen Wohn- und Betreuungsvertragsgesetzes aufgenommen worden. Ein erstes Umsetzungsprojekt mit einem Wohneinrichtungsanbieter befindet sich in der Planung.</p>
<p>Umsetzung erfolgt bis Ende 2014/2015</p>	<p>Gesundheit und Pflege</p>	<p>Die Krankenhäuser sollen eigene Richtlinien und Konzepte zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen und ihres Rechts auf Selbstbestimmung entwickeln. Dazu gehören auch verständliche Informationen zu Erkrankungen (Leichte Sprache).</p>	<p><u>Krankenhäuser</u> Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz</p>	<p><b>39</b> Die Gesundheitsbehörde hat das Thema im Herbst.2016 aufgenommen und erste Gespräche mit der Krankenhausgesellschaft/Krankenhäusern zu Versorgungskonzepten für Behinderte geführt. Eingebunden wird dabei auch die bei der Senatorin für Soziales dazu bestehende Arbeitsgruppe. Mit ersten Ergebnissen ist bis zu den Sommerferien 2017 zu rechnen.</p>
<p>2014-2015</p>	<p>Arbeit und Beschäftigung</p>	<p>Angebot einer Fortbildung zur Anwendung der Leichten Sprache im zentralen Fortbildungsprogramm der Freien Hansestadt Bremen.</p>	<p><u>Senatorin für Finanzen</u> Gesamtschwerbehinderten - Vertretung, Gesamtpersonalrat</p>	<p><b>40</b> Die Fortbildung wird auch in 2017 angeboten</p>

2014-2015	Arbeit und Beschäftigung	<p>Die Werkstätten können und sollen sich stärker als bisher um die Zielsetzung der Vermittlung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bemühen; wirksam und messbar.</p> <p>Der Übergang von der Tagesstätte zur Werkstatt für behinderte Menschen ist ebenfalls zu verbessern. Menschen mit hohen und außergewöhnlichen Unterstützungsbedarfen sollten in einem stärkeren Umfang als bisher den Weg in den Arbeitsbereich finden und den sozialversicherungsrechtlichen Status in der Werkstatt erhalten.</p>	<p>Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, <u>Integration und Sport</u> Senatorin für Gesundheit, Magistrat Bremerhaven, Werkstätten für behinderte Menschen</p>	<p style="text-align: center;"><b>41</b></p> <p>Das Fachreferat informiert sich im Rahmen der Prüfungsvereinbarung mit den WfbM über die Übergangskonzepte und die konkreten arbeitsbegleitenden Maßnahmen. Gemeinsam mit der Agentur für Arbeit findet noch im April 2017 die Prüfung der Bremerhavener WfbM mit dem Schwerpunkt Übergänge auf den allgemeinen Arbeitsmarkt statt. Die stärkere Wahrnehmung der Beteiligungsrechte des Trägers der Sozialhilfe beim Übergangmanagement erfolgt gerade im Rahmen einer Geschäftsordnung für die Arbeit im Fachausschuss.</p> <p>Um Menschen mit höchsten Unterstützungsbedarfen beschäftigen zu können, haben alle Werkstätten in den Verträgen eine entsprechende höhere Personalausstattung erhalten. In den WfbM in Bremerhaven ist die Beschäftigung von Menschen mit höchsten Unterstützungsbedarfen umgesetzt. Die Werkstatt Bremen befindet sich noch in der konzeptionellen und räumlichen Prüfung. Es besteht aber bereits eine Kooperationsbeziehung zwischen Werkstatt Bremen und dem ASB, die als Modellvorhaben einen Übergang von der Tagesförderstätte in geeigneten Fällen vorsieht.</p>
-----------	--------------------------	--	--	--

2014-2016	Kultur, Freizeit und Sport	Umsetzung des Modellvorhabens „Inklusion im Sport“.... Siehe LAP	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport, Landesbehindertenbeauftragter, Special Olympics, Landes-sportbund, Amt für Versorgung und Integration, Amt für Menschen mit Behinderungen	<p style="text-align: center;"><b>42</b></p> <p>In Bremerhaven ist die Stelle im ÖD (AFMB) zum 01.06.2016 besetzt worden. In Bremen ist eine Einstellung im Verein Special Olympics zum 01.09.2016 erfolgt. Am 01.11.2016 konnte die Stelle im ÖD (Sportamt) besetzt werden. Zum 01.07.2017 ist zudem eine Besetzung einer Stelle bei der SG Marßel in HB Nord geplant. Zwischenzeitlich wurden Kontakte zu örtlichen Sportvereinen und Organisationen geknüpft. Ein eingerichtetes Begleitgremium hat erstmals am 08.02.2017 getagt und u.a. öffentlichkeits-wirksame Maßnahmen verabredet. Im Mai 2017 findet in Bremen und Bremerhaven jeweils eine öffentliche Diskussionsveranstaltung statt. Für den Sommer ist ein weiteres Treffen des Begleitgremiums geplant. Das Projekt InSpo wird entsprechend dem Beschluss der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 27.11.2013 am 31.12.2018 beendet sein.</p>
2014-2018	Gesundheit und Pflege	Die Ärztinnen, Ärzte und Psychotherapeutinnen, Psychotherapeuten werden aufgefordert, sich am Stadtführer „Barrierefreies Bremen“ zu beteiligen. Hier sollten sich die Ärztinnen, Ärzte bereit erklären, die Praxen für die Darstellung im Stadtführer erheben zu lassen.	Die Zuständigkeit liegt bei der Selbstverwaltung. Die Senatorin für Gesundheit wirbt um die Einhaltung der Bremischen Landesbauordnung und der Beteiligung beim Stadtführer „Barrierefreies Bremen“.	<p style="text-align: center;"><b>43</b></p> <p>Die Kassenärztliche Vereinigung Bremen (KVHB) wurde von der Gesundheitsbehörde erneut gebeten, sich am Stadtführer „Barrierefreies Bremen“ zu beteiligen. Sobald eine Rückmeldung mit dem Prüfergebnis vorliegt wird der Landesteilhabendebeirat in Kenntnis gesetzt.</p>

Zeitraum 2015

<b>Zeitraumen der Umsetzung</b>	<b>Handlungsfeld</b>	<b>Maßnahme</b>	<b><u>Federführung</u> Weitere Beteiligte</b>	<b><u>Nummer</u></b>
Anfang 2015	Belange behinderter Menschen mit Migrationshintergrund	Daten- und Informationsgrundlagen im Bereich Migration und Behinderung verbessern: Austausch mit dem Statistischen Landesamt und dem Amt für Versorgung und Integration	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sowie der Landesbehindertenbeauftragte	<b>44</b>  Im Juni 2015 hat ein Austausch zwischen dem Statistischen Landesamt, dem Amt für Versorgung und Integration sowie dem Büro des Landesbehindertenbeauftragten stattgefunden. Es liegen derzeit für Bremen keine Zahlen über Menschen mit Migrationshintergrund und Beeinträchtigung vor. Eine Erhebung ist aufgrund des Datenschutzes nicht realisierbar. Folgend hat sich die Geschäftsstelle des Beirats an das Statistische Bundesamt gewandt. Siehe Anlage zur 4. Sitzung Zur Verbesserung der Informationsgrundlagen wird das Projekt „Ortsbesuche/Netzwerk“ der Senatorin für Soziales beitragen.
Ab Anfang 2015	Bauen & Wohnen	Einführung der DIN 18040 Teil 1 und 2 als Technische Baubestimmung zur BremLBO, gegebenenfalls mit den einschlägigen Regeln für die Rettung von Menschen mit Behinderungen aus Gebäuden im Brandfall.	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<b>45</b>  Erledigt siehe Liste der eingeführten Technischen Baubestimmungen (BremLTB) vom 21.08.2015 (Bremer Amtsblatt S. 1059/2015)
01.01.2015	Barrierefreie Information und Kommunikation	Umsetzungen im neuen Serviceportal: Das neue Serviceportal soll vollständig barrierefrei gestaltet werden.	Senatorin für Finanzen	<b>46</b>  Laut der Fachabteilung erledigt
01.01.2015	Barrierefreie Information und Kommunikation	Umsetzungen im neuen Transparenzportal: Das neue Transparenzportal soll vollständig barrierefrei gestaltet werden.	Senatorin für Finanzen	<b>47</b>  Laut der Fachabteilung erledigt

Bis 31.05.2015	Barrierefreie Mobilität	Neufassung der bremischen Richtlinie zur barrierefreien Gestaltung baulicher Anlagen des öffentlichen Verkehrsraums, öffentlicher Grünanlagen und öffentlicher Spiel- und Sportstätten.	Senator für Umwelt, Bau <u>und Verkehr</u> Stadt Bremerhaven Amt für Straßen und Verkehr, BSAG, ZVBN, VBN	<b>48</b> erledigt
Bis 30.06.2015	Barrierefreie Mobilität	Zusammenarbeit der Fähren Bremen-Stedingen GmbH mit dem Landesbehindertenbeauftragten des Landes Bremen und des Landkreises Wesermarsch. Gemeinsame Begehung der Fährstelle Vegesack-Lemwerder.	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	<b>49</b> Umsetzung ist erfolgt Am 29. Mai 2015 hat eine Begehung stattgefunden / Zusammenarbeit wird fortgeführt
Herbst 2015	Bauen & Wohnen	Herstellung der Barrierefreiheit im Ortsamt Burglesum.	<u>Senatskanzlei</u> Immobilien Bremen	<b>50</b> Das Ortsamt Burglesum ist 2016 in neue barrierefreie Räume umgezogen.
Bis 31.12.2015	Bauen & Wohnen	Prüfung von Maßnahmen zur Intensivierung der behördlichen Überwachung des Gesetzesvollzuges zum barrierefreien Bauen.	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<b>51</b> Zuständigkeit Abteilung 6 im Hause SUBV
Bis 31.12.2015	Barrierefreie Mobilität	Prüfung von technischen Möglichkeiten zur Erkennbarkeit von einfahrenden Linienbussen und Straßenbahnen für blinde und sehbehinderte Fahrgäste	Senator für Umwelt <u>Bau und Verkehr</u> Bremer Straßenbahn AG	<b>52</b> Zuständig BSAG Wird geprüft
Bis 31.12.2015	Barrierefreie Mobilität	Konzept zur Bedarfsdeckung und strukturellen Verbesserung der Nutzbarkeit von öffentlichen Behindertenparkplätzen.	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Amt für Straßen und Verkehr	<b>53</b> Zuständig ASV Bestandserhebung liegt vor. Die Baudeputation hat von einem Bericht der zuständigen Abteilung am 24. November Kenntnis genommen. Anfang 2017 findet zwischen der senatorischen Dienststelle und dem Landesbehindertenbeauftragten ein Gespräch statt, in welchem das weitere Vorgehen abgestimmt werden soll.
Ende 2015	Überprüfung des Landesrechts	Überarbeitung des Bremischen Denkmalschutzgesetz	Senator für Kultur	<b>54</b> Siehe Nr. 10



Ende 2015	Barrierefreie Information und Kommunikation	Entwicklung von Konzepten, um Menschen mit Beeinträchtigungen einen vollen, wirksamen und gleichberechtigten Zugang zu Information und Kommunikation zu eröffnen.	<b>Alle</b> Verwaltungen des Landes sowie der Stadtgemeinde Bremen, die Bremische Bürgerschaft sowie die Ortsämter und Ortsbeiräte	<p style="text-align: center;"><b>55</b></p> <p>Justiz: Die Barrierefreiheit ist als eines der Querschnittsthemen ein fester Bestandteil der Entwicklungsanforderungen der zukünftigen Softwaresysteme. Dem Nutzer-Frontend (die Rahmenanwendung e<sup>2</sup>A) in Verbindung mit dem Fachverfahren EUREKA-Fach wurde in einem Gutachten von T-Systems die Barrierefreiheit attestiert. Die Erstellung und Gestaltung der PDF-Dateien der elektronischen Akten wird weiter im Architekturboard des Verbundes beraten. Daneben haben bereits Gespräche mit Vertretern der Integrationsgremien auch hier in Bremen stattgefunden.</p> <p>Senatskanzlei: Auf allen Websites der Ortsämter gibt es einen Text in leichter Sprache und ein Video in Gebärdensprache. Damit werden Ortsämter und Beiräte erklärt.</p>
Bis Ende 2015	Arbeit und Beschäftigung	<u>Prüfauftrag:</u> Anpassung und Aktualisierung der Integrationsvereinbarung unter Berücksichtigung der Vorgaben aus der UN-BRK.	<u>Senatorin für Finanzen</u> Gesamtschwerbehinderten - Vertretung Gesamtpersonalrat	<p style="text-align: center;"><b>56</b></p> <p>Eine Anpassung und Aktualisierung wird im Rahmen der Novellierung des SGB IX geprüft.</p>
Bis Ende 2015	Arbeit und Beschäftigung	<u>Prüfauftrag:</u> Entwicklung eines Konzeptes für Integrationsabteilungen und -projekten für behinderte Menschen im öffentlichen Dienst (zum Beispiel Druckereien / Poststellen / Reinigungs-dienste).	Senatorin für Finanzen	<p style="text-align: center;"><b>57</b></p> <p>Prüfung bei der Performa Nord und Immobilien Bremen ist erfolgt. Keine Umsetzung möglich.</p>

Bis Ende 2015	Arbeit und Beschäftigung	Evaluation des Betrieblichen Eingliederungsmanagements im Hinblick auf Akzeptanz und Wirksamkeit von Maßnahmen. Gegebenenfalls Überarbeitung der bestehenden Handlungshilfe.	Senatorin für Finanzen	<b>58</b> Evaluation ist in Bearbeitung. Ergebnisse voraussichtlich 2. Hälfte 2017
Bis Ende 2015	Kultur, Freizeit und Sport	Überdenken der Förderpolitik: Prüfung, ob im Bereich der Sportförderung ein Bonus- / Maluskonzept umgesetzt werden kann. Vereine und Institutionen mit Inklusionsangeboten erhalten mehr Fördermittel als diejenigen, die keine Inklusionsangebote machen.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<b>59</b> Offen. Stand der Sportentwicklungsplanung wird abgewartet. Projektende Sommer 2017
Bis Ende 2015	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Kooperation zwischen Beratungsstellen für Frauen und Beratungsstellen für behinderte Menschen herstellen.	Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der <u>Frau</u> Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport; Landes-behindertenbeauftragter	<b>60</b> Es gibt eine Themensetzung über den AK Gewalt gegen Frauen und Mädchen, der bei der ZGF angesiedelt ist. Im Herbst 2016 steht das Thema als Schwerpunkt auf der Agenda. Die Mitwirkenden „Frauenbeauftragte in Werkstätten“ werden eingeladen. Auf der Grundlage des Austausches mit der Frauenbeauftragten der Werkstatt Bremen erarbeitet der AK jetzt eine Handreichung für deren Arbeit mit den Unterstützungsangeboten für von Gewalt betroffene Frauen und Mädchen mit Behinderung.
Bis 2015	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Finanzierung von präventiven sexualpädagogischen Angeboten, für die es erprobte Konzepte gibt, klären und sichern.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, <u>Integration und Sport</u> ZGF	<b>61</b> Der Projektantrag der pro familia Land Bremen wurde aufgrund der nicht ausreichenden vorhandenen Mittel zurückgezogen. Ein neues Projekt wird zurzeit mit einer anderen Beratungsstelle im Rahmen der vorhandenen Mittel konzipiert.

Ab 2015	Bauen & Wohnen	Aufnahme einer verbindlichen Quote für barrierefreie Hotelzimmer in die perspektivisch in Landesrecht umzusetzende Beherbergungsstättenverordnung.	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<b>62</b> Perspektivisch nach Abschluss LBO-Novelle Zuständig 6 / FB-016
Ab 2015	Bauen & Wohnen	Entwicklung eines Leitfadens für barrierefreies Bauen für bremische öffentliche Hochbauten.	<del>Senator für Umwelt, Bau und Verkehr,</del> Senatorin für Finanzen, Senatorin für Bildung und Wissenschaft, Immobilien Bremen	<b>63</b> Eine ressortübergreifende Projektgruppe hat sich unter Federführung der Senatorin für Finanzen konstituiert, um einen entsprechenden Leitfaden für barrierefreies Bauen für öffentliche Hochbauten zu entwickeln.
Ab 2015	Erziehung und Bildung	Überprüfung des Landesrechts hinsichtlich <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung des Ziels Inklusive Hochschule</li> <li>• Prüfung der Erhöhung der Härtefallquote</li> <li>• Ausweitung der Härtefallquote auf den Zugang zu Masterstudiengängen</li> </ul>	Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und <u>Verbraucherschutz</u> Hochschulen	<b>64</b> Es gibt ein aktuell laufendes Gesetzgebungsverfahren zur Modernisierung der Personalstrukturen der Hochschulen. Zudem ist aus aktuellem Anlass eine Regelung zur Ermäßigung des Lehrdeputats von Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern mit Behinderung oder chronischer Krankheit aufgenommen. Weitergehender Regelungsbedarf soll im nächsten Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden. Das Verfahren dazu wird voraussichtlich nach der Sommerpause beginnen. Das Rechtsreferat steht im Kontakt mit Herrn Dr. Steinbrück.
Ab 2015	Erziehung und Bildung	Beteiligung an der Gesetzesinitiative zur Erneuerung des Sozialrechts, mittels derer die Finanzierung des behinderungsbedingten Studienmehrbedarfs an moderne, politisch gewollte Bildungsverläufe angepasst wird.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, <u>Integration und Sport</u> Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz	<b>65</b> Erledigt
Ab 2015	Erziehung und Bildung	Überprüfung der Praxis der Vergabe der Eingliederungshilfe für behinderte oder chronisch kranke Studierende.	<u>Senatorin für Soziales,</u> Senatorin für Wissenschaft	<b>66</b> SJFIS hat Federführung. Eine Ressortübergreifende Arbeitsgruppe wird eingerichtet und soll die Praxis überprüfen.

Ab 2015	Erziehung und Bildung	Verbesserung der Übergänge zu Beginn und Ende des Studiums.	Senatorin für <u>Wissenschaft</u> Hochschulen, Schulen, Arbeitsagenturen	<b>67</b> Das kann angefangen werden, wenn die Inklusionskonzepte aus Punkt 22 vorliegen.
Beginnend in 2015	Bauen & Wohnen	Einführung einer verbindlichen Quote uneingeschränkt mit dem Rollstuhl nutzbarer Wohnungen in die BremLBO.	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<b>68</b> Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf abgeschlossen Ressortinterne Schlussabstimmung läuft Zuständig 6 und FB-01 / siehe LfdNr. 85
Beginnend in 2015	Bauen & Wohnen	Ausweitung der barrierefrei nutzbaren Räume / Bereiche auf die barrierefrei erreichbare Wohnung insgesamt (mit Ausnahme mehrfach vorhandener Funktionsräume).	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<b>69</b> Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf abgeschlossen Ressortinterne Schlussabstimmung läuft Zuständig 6 und FB-01 / siehe LfdNr. 85
Beginnend in 2015	Bauen & Wohnen	Aufnahme einer Bestimmung in die BremLBO, wonach auch Arbeitsstätten, beschränkt auf Büro-, Verwaltungs- und Gerichtsgebäude mit mehr als 500 qm Nutzfläche barrierefrei nutzbar sein müssen.	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<b>70</b> Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf abgeschlossen Ressortinterne Schlussabstimmung läuft Zuständig 6 und FB-01 / siehe LfdNr. 85
Vorbereitung ab 2015	Erziehung und Bildung	Gebärdensprache <ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung/ Anerkennung der Gebärdensprache als zweite Fremdsprache</li> <li>• Gebärdensprache als Angebot auf der Ebene der Arbeitsgemeinschaften in der allgemeinbildenden Schule</li> </ul>	Senatorin für Kinder und <u>Bildung</u> Landesverband der Gehörlosen	<b>71</b> Weiter im Planungsstadium
2015 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Entwicklung von Standards inklusiver Schule.	Senatorin für Kinder und Bildung	<b>72</b> Werden im Ergebnis der Evaluation verfasst
2015 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Fortschreibung des „Entwicklungsplans Inklusion“.	Senatorin für Kinder und Bildung	<b>73</b> Ergebnisse der Evaluation werden abgewartet

2015 fortlaufend	Erziehung und Bildung	<p>Inklusion an Berufsbildenden Schulen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Entwicklung von Standards zur Umsetzung der Inklusion an Berufsbildenden Schulen (zum Beispiel Barrierefreiheit)</li> <li>• Arbeitsgruppe Inklusion in der beruflichen Bildung entwickelt Definition/ Ansprüche zur Inklusion und formuliert Unterstützungs-bedarfe und -wünsche hinsichtlich personeller und räumlicher Ausstattung</li> <li>• etc.</li> </ul>	<p>Senatorin für Kinder und <u>Bildung</u> Landesinstitut für Schule, Schulen und Universitäten</p>	<p><b>74</b></p> <p>Neue AVBG-VO im Entwurf erstellt und im Mitbestimmungsprozess, erste Behandlung im Unterausschuss Inklusion erfolgt</p>
2015	Erziehung und Bildung	Qualitätsstandards für die Zentren für unterstützende Pädagogik.	Senatorin für Kinder und Bildung	<p><b>75</b></p> <p>Werden im Ergebnis der Evaluation überarbeitet</p>
2015	Erziehung und Bildung	Inklusion und Ganzttag - Entwicklung von Standards für alle Schulstufen.	Senatorin für Kinder und Bildung	<p><b>76</b></p> <p>Befinden sich in der Erarbeitung</p>
2015	Erziehung und Bildung	Konzeption zur Bildung von Peer Groups für beeinträchtigte Schülerinnen und Schüler unter der Berücksichtigung der jeweiligen Entwicklungs-stufen.	Senatorin für Kinder und Bildung	<p><b>77</b></p> <p>Ist in der Jahresarbeitsplanung der Steuergruppe Inklusion aufgenommen</p>
2015	Arbeit und Beschäftigung	Neuer Dienstsitz des Amtes für Versorgung und Integration an der Doventorscontrescarpe 172 D und damit erstmals ein einheitlicher Standort aller Dezernate (einschl. Integrationsamt) zur optimalen Leistungserbringung für behinderte Menschen.	Amt für Versorgung und Integration	<p><b>78</b></p> <p><b>Umsetzung ist erfolgt</b> Der Umzug wurde Anfang des Jahres 2016 abgeschlossen.</p>

2015	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Länderarbeitsgruppe „Bereitstellung von Kommunikationshilfen im Rahmen gerichtlicher Verfahren“.	Senator für Justiz und Verfassung (beteiligt)	<p style="text-align: center;"><b>79</b></p> <p>Die Länder-AG hat der Justizministerkonferenz einen Bericht vorgelegt. Die Konferenz hat im Herbst 2014 das Bundesministerium der Justiz gebeten, die Vorschläge der Länder-AG, insbesondere eine erweiterte Neufassung des § 186 Gerichtsverfassungsgesetz, der derzeit hör- und sprachbehinderte Personen betrifft und für den die Gesetzgebungskompetenz beim Bund liegt, umzusetzen.</p>
2015	Barrierefreie Information und Kommunikation	Ein zukünftiges E-Government-Gesetz des Landes muss die Anforderung der Barrierefreiheit an die informationstechnischen Systeme beinhalten und aufgreifen.	Senatorin für Finanzen	<p style="text-align: center;"><b>80</b></p> <p>Im geplanten Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung in Bremen wird an zwei Stellen auf die Barrierefreiheit eingegangen:</p> <p style="text-align: center;"><b>§ 12 Barrierefreiheit</b> Die Behörden gestalten die elektronische Kommunikation und elektronische Dokumente schrittweise so, dass sie auch von Menschen mit Behinderungen grundsätzlich uneingeschränkt und barrierefrei nach § 4 des Bremischen Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung (Bremisches Behindertengleichstellungsgesetz vom 18. Dezember 2003, Brem. GBl. 2003, 413) in der jeweils geltenden Fassung genutzt werden können.</p> <p style="text-align: center;"><b>§ 6 Elektronische Aktenführung</b> (1) ... (2) Die Führung elektronischer Akten ist schrittweise so zu gestalten, dass die Akten auch von Menschen mit Behinderung grundsätzlich und uneingeschränkt genutzt werden können.</p> <p>-----</p>

				Der Gesetzesentwurf befindet sich zurzeit in der Abstimmung im Hause der SF und soll noch in diesem Jahr dem Senat vorgelegt und in der Bürgerschaft behandelt werden.
Erste Ergebnisse 2015, perspektivisch ab 2017	Gesundheit und Pflege	Schaffung von angemessenen therapeutischen (beratenden) Angeboten für Menschen mit einer geistigen Beeinträchtigung und einer psychischen Erkrankung. Bildung von Strukturen der Krisenintervention.	<u>Senatorin für Gesundheit</u> Landesbehindertenbeauftragter, Kassenärztliche Vereinigung, Psychotherapeutenkammer, Klinikverbund Gesundheit Nord	<b>81</b>  Zur Umsetzung angemessener therapeutischer (beratenden) Angeboten für Menschen mit einer geistigen Beeinträchtigung und einer psychischen Erkrankung und zur Bildung von Strukturen der Krisenintervention ist die Einrichtung eines Medizinische Zentren für Erwachsene mit geistiger oder mehrfacher Behinderung (MZE) geplant. Das Klinikum Bremen Mitte hat sich zur Umsetzung bereit erklärt. Derzeit laufen dort die Vorbereitungen. Sie werden unterstützt von der Gesundheitsbehörde und Sozialbehörde. Die Umsetzung ist für das Jahr 2017 geplant.

Zeitraum 2016

<b>Zeitraumen der Umsetzung</b>	<b>Handlungsfeld</b>	<b>Maßnahme</b>	<b><u>Federführung</u> Weitere Beteiligte</b>	<b><u>Nummer</u></b>
Frühjahr 2016	Belange behinderter Menschen mit Migrationshintergrund	<i>Austausch zwischen Behindertenberatungsstellen und Migrationsdiensten:</i> Es wird ein Fachtag durchgeführt. Dieser soll dem Austausch zwischen den Beratungsstellen für Migrantinnen und Migranten und der Behindertenhilfe dienen.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sowie der Landesbehindertenbeauftragte	<b>82</b>  Der Fachtag soll im ersten Halbjahr 2017 stattfinden. Es ist geplant das Modell „Ortsbesuche/Netzwerk“ vorzustellen. Ferner wird ein Austausch mit dem Fachforum Berlin angestrebt. In dem Forum erfolgt seit einigen Jahren ein regelmäßiger Austausch zwischen Behindertenberatungsstellen und Migrationsdiensten.
Bis 30.06.2016	Barrierefreie Mobilität	Prüfung der Grundsätze zur Ausgestaltung von Baustellensicherungen hinsichtlich einer barrierefreien Nutzbarkeit für Passanten.	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<b>83</b>  Zuständigkeit ASV / 5 Deputation am 24.11.2016; Bericht der Verwaltung liegt vor
Bis Mitte 2016	Überprüfung des Landesrechts	Überarbeitung des Bremischen Behindertengleichstellungsgesetz	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>84</b>  Siehe Nummer 8
Bis Ende 2016	Überprüfung des Landesrechts	Überarbeitung der Bremischen Landesbauordnung	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<b>85</b>  siehe auch zu 68, 69, 70 Anhörungsverfahren zum Gesetzentwurf abgeschlossen Ressortinterne Schlussabstimmung läuft Zuständig 6 und FB-01 / siehe LfdNr. 85



Bis Ende 2016	Überprüfung des Landesrechts	Überarbeitung des Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<p><b>86</b></p> <p>Zuständig 5</p> <p>Überarbeitung des Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr Die novellierte Fassung des Bremischen ÖPNV-Gesetzes soll noch in 2016 in die Ressortabstimmung gegeben werden. In der ersten Anhörung zum novellierten BremÖPNVG wurden der Vorsitzende des LTHB und der Magistrat der Stadtgemeinde Bremerhaven beteiligt. Sollte sich weiterer Abstimmungsbedarf ergeben, so werden die genannten Stellen erneut beteiligt werden.</p>
Bis Ende 2016	Überprüfung des Landesrechts	Überarbeitung des Bremischen Hochschulgesetz	Senatorin für Wissenschaft	<b>87</b>
Bis Ende 2016	Überprüfung des Landesrechts	Überarbeitung des Gesetz über die Weiterbildung im Lande Bremen	Senatorin für Wissenschaft	<b>88</b>
Bis Ende 2016	Überprüfung des Landesrechts	Überarbeitung des Gesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<p><b>89</b></p> <p>Ein Fachentwurf zur Überarbeitung des BremKTG liegt vor. Er wurde jedoch noch nicht in den politischen Gremien erörtert.</p>
Bis Ende 2016	Überprüfung des Landesrechts	Änderung des Radio-Bremen-Gesetz	Senatskanzlei	<p><b>90</b></p> <p>Das Radio-Bremen-Gesetz wurde Anfang des Jahres 2016 umfassend novelliert. So wurde in dem neuen § Abs. 1 S. 1 Nr. 25 ein Sitz im Rundfunkrat für eine Vertreterin oder einen Vertreter des Landesteilhabebeirates geschaffen. Daneben enthält § 3 Abs. 2 S. 3 eine Bestimmung, wonach die besonderen Belange behinderter Menschen zu beachten sind, insbesondere durch barrierefreie Angebote. Die Formulierung lässt daneben jedoch auch weitere Maßnahmen zu.</p> <p>Mit diesen Maßnahmen dürften die Vorgaben des Landesaktionsplanes erfüllt sein.</p>

Bis Ende 2016	Überprüfung des Landesrechts	Überprüfung des Landesmediengesetz	<u>Senatskanzlei</u> Landesmedienanstalt	<b>91</b> Das BremLMG wird derzeit durch die SK evaluiert, eine größere Novelle ist in Arbeit. Diese soll nach dem bisherigen Zeitplan noch im Jahre 2017 verabschiedet werden. Die Novelle soll Regelungen aus verschiedenen Bereichen umfassen und geänderten tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen anpassen. In diesem Zusammenhang wird auch die Prüfverpflichtung aus dem Landesaktionsplan einbezogen.
Bis Ende 2016	Barrierefreie Mobilität	Stadtführer Barrierefreies Bremen - Informationen für Alle.	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	<b>92</b> Der Stadtführer „Barrierefreies Bremen-Informationen für Alle“ befindet sich in der Umsetzung und wird fortlaufend gepflegt und fortgeführt. Wir bemühen uns im Rahmen der Haushaltsaufstellung 2018/2019 weiterhin Mittel für das Projekt zur Verfügung stellen zu können.
Bis Ende 2016	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Entwicklung von Konzepten und Qualitätsstandards für die Arbeit mit Mädchen und Frauen mit Beeinträchtigungen.	Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau	<b>93</b> Der AK Gewalt gegen Frauen und Mädchen arbeitet gemeinsam mit der ZGF an einer Weiterentwicklung der Arbeit der Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen, um diese auch für Frauen und Mädchen mit Behinderung zugänglicher zu machen.
Bis 2016	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Entwicklung von Standards für Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse.	<u>ZGF</u> Fachleute aus dem Feld Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen	<b>94</b> Die Standards „Selbstverteidigung braucht Selbstbehauptung“ wurden Mitte 2016 fertiggestellt, von den Deputationen für Soziales, Sport und dem JHA verabschiedet und im November 2016 als gedruckte Version sowie als Download veröffentlicht. Checklisten stehen ebenfalls zum Download bereit.

2016	Arbeit und Beschäftigung	Neuer Dienstsitz des Amtes für Versorgung und Integration an der Doventorscontrescarpe 172 D und damit erstmals ein einheitlicher Standort aller Dezernate (einschl. Integrationsamt) zur optimalen Leistungserbringung für behinderte Menschen.	Amt für Versorgung und Integration	<p style="text-align: center;"><b>95</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Umsetzung ist erfolgt</b></p> <p style="text-align: center;">Der Umzug wurde Anfang des Jahres 2016 abgeschlossen.</p>
2016	Arbeit und Beschäftigung	Schaffung eines eigenen, umfassend barrierefreien Schulungszentrums des Integrationsamtes am neuen Dienstsitz des Amtes für Versorgung und Integration - und in der Folge Steigerung der Zahl von Schulungs- und Informationsveranstaltungen und der Bekanntheit.	Amt für Versorgung und Integration	<p style="text-align: center;"><b>96</b></p> <p style="text-align: center;"><b>Umsetzung ist erfolgt</b></p> <p style="text-align: center;">Der Schulungsraum wurde nach Umzug des AVIB 2016 in Betrieb genommen Die Steigerung der Informationsveranstaltungen startet bereits im 2. HJ 2016. Die weiteren Effekte werden mittelfristig eintreten. Da durch die Änderungen im SGB IX durch das BTHG ein wesentlich erhöhter Schulungsbedarf gegeben ist, wird diese Entwicklung eher anhalten.</p>
2016	Arbeit und Beschäftigung	Die Forderung nach einer verbindlichen Einrichtung von Frauenbeauftragten in Werkstätten wird befürwortet und unterstützt. Dies würde Änderungen im Bundesrecht (Werkstätten-Mitwirkungsverordnung, gegebenenfalls SGB IX) erfordern. Hierfür wird die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen sich im Rahmen der Arbeits- und Sozialministerkonferenz einsetzen und gegebenenfalls eine Bundesratsinitiative prüfen.	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und <u>Frauen</u> Senatorin für Gesundheit, Magistrat Bremerhaven, Zentralstelle für die Verwirklichung d. Gleichberechtigung der Frau, Werkstätten für behinderte Menschen	<p style="text-align: center;"><b>97</b></p> <p style="text-align: center;">Durch die Vorgaben im Bundesteilhabegesetz ist die Einrichtung von Frauenbeauftragten gesetzlich verbindlich vorgeschrieben! Umsetzung erfolgt somit in Zukunft. ZGF arbeitet in der Steuergruppe zum Projekt bei Soziales mit. Siehe auch Nummer 38</p>

Ab 2016	Arbeit und Beschäftigung	<p>Einsatz von ausgebildeten Genesungsbegleiterinnen und Genesungsbegleitern: Menschen mit Psychiatrieerfahrung und ihre Angehörigen können einen wichtigen Beitrag leisten, um das Versorgungssystem qualitativ besser und wirtschaftlicher zu machen. Wie bereits im Klinikum Reinkenheide Bremerhaven erfolgreich geschehen - befürwortet der Senator für Gesundheit die Anstellung von ausgebildeten Genesungshelferinnen und Genesungshelfern in Teams des psychiatrischen Versorgungssystems (Kliniken/Komplementäre Angebote).</p>	<p>Senatorin für <u>Gesundheit</u> Leistungserbringer</p>	<p><b>98</b></p> <p>Der Einsatz von ausgebildeten Genesungsbegleitern und Genesungsbegleiterinnen ist ein wichtiges Anliegen der Gesundheitsbehörde. Sie ist davon überzeugt, dass Genesungsbegleiter und –begleiterinnen einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der psychiatrischen Versorgung leisten können. Deshalb stellt die Senatorin für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 Modellgelder zu Verfügung. Hiervon soll die Ausbildung zum Genesungsbegleiter für 8 Personen gefördert werden. Zusätzlich sollen Arbeitsplätze für 8 Genesungsbegleiter und -begleiterinnen in psychiatrischen Einrichtungen in 2016 und weitere 8 in 2017 eingerichtet werden. Für die geförderten Stellen wird eine persönliche Unterstützung bei der Arbeitsaufnahme und während des Förderzeitraumes angeboten. Die Organisationen, die Genesungsbegleiter oder Genesungsbegleiterinnen beschäftigen, werden geschult, damit die Beteiligung der Genesungsbegleiter und –begleiterinnen auch gelingt und ihre Sichtweise in die Angebote einfließt.</p>
Modellprojekt – Ab 2016	Arbeit und Beschäftigung	<p>Mit der Einführung der Leistungstypen „Betreute Beschäftigung“ und „Tagesstruktur Integral“ wird es im bisherigen Angebotsspektrum für Menschen mit psychischen Krankheiten und Suchterkrankungen (SGB XII) eine qualifizierte Alternative zur bisherigen Tagesstruktur und zur Werkstatt für behinderte Menschen geben. Das vorgesehene Modellprojekt ist mit einer Umstrukturierung des bisherigen</p>	<p><u>Senatorin für Gesundheit</u> Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport; Magistrat Bremerhaven</p>	<p><b>99</b></p> <p>Es ist wichtig, dass mehr psychisch kranke Menschen eine sinnvolle Beschäftigung oder Arbeit finden. Dies wird von der Senatorin unterstützt. Das Land Bremen verfügt nicht über viel Geld. Darum ist es wichtig, dass die neuen Angebote kein zusätzliches Geld kosten. Darum ist die Gesundheitsbehörde mit den freien Trägern im Gespräch. Gemeinsam soll</p>

		Systems verbunden. Angestrebte Platzzahl: mindestens 120 „Betreute Beschäftigung“.		eine Lösung gefunden werden. Das Bundesteilhabegesetz hat viele Grundlagen für die Hilfen für psychisch kranke Menschen verändert. Die Umsetzung einzelner Details des Gesetzes befindet sich derzeit in der Abstimmung der unterschiedlichen Ressorts.
Voraussichtlich ab 2016	Bauen & Wohnen	Herstellung der Barrierefreiheit im Ortsamt Blumenthal	<u>Senatskanzlei</u> Immobilien Bremen	<b>100</b>  Erledigt. Das Ortsamt Blumenthal hat nach Umzug am 1. Juni 2016 seinen Betrieb in barrierefreien Räumlichkeiten aufgenommen.
Kommende Legislaturperiode (Stand 2014)	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Erarbeitung eines Kriterienkatalogs Barrierefreiheit von Wahllokalen.	Senator für Inneres und Sport	<b>101</b>  In Absprache mit dem Landesbehindertenbeauftragten soll dem Ressort ein Kriterienkatalog übersandt werden. Mit dem Kriterienkatalog des Landesbehindertenbeauftragten kann das Ressort die Barrierefreiheit der Wahllokale überprüfen und ggf. nachbessern. Sachstand unverändert: Kriterienkatalog wurde noch nicht an SI übersandt.
Kommende Legislaturperiode (Stand 2014)	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Einführung eines Rechtsanspruchs auf eine Wahlschablone in die Wahlrechtsordnung (in Anlehnung an die Regelungen bei Europa- und Bundestagswahlen) und Verschickung der Schablonen über das Wahlamt.	Senator für Inneres	<b>102</b>  Das Thema wird im Zuge einer anstehenden Novelle der Landeswahlordnung geprüft. Sachstand unverändert.

Zeitraum 2017 - 2019

<b>Zeitraumen der Umsetzung</b>	<b>Handlungsfeld</b>	<b>Maßnahme</b>	<b><u>Federführung</u> Weitere Beteiligte</b>	<b><u>Nummer</u></b>
Bis 31.12.2017	Barrierefreie Mobilität	Erhöhung der Anzahl der barrierefreien, öffentlich zugänglichen WC-Anlagen im Rahmen der „Netten Toilette“ auf insgesamt mindestens 30 Sanitäranlagen.	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Umweltbetrieb Bremen	<b>103</b>  Zuständig SUBV-3 Wird im Rahmen der verfügbaren Mittel umgesetzt; Mittel bis 2018 verfügbar. Stand November 2016 gibt es 18 barrierefreie „Nette Toiletten“ und 4 barrierefreie öffentliche WC-Anlagen. Bis Ende 2018 soll die Anzahl auf 30 barrierefreie Toiletten steigen. Es handelt sich dabei um Mittel der Stadtgemeinde Bremen.
2017	Gesundheit und Pflege	Schaffung eines Medizinischen Zentrums für erwachsene behinderte Menschen.  Analog der Versorgung von Kindern in den Sozialpädiatrischen Zentren soll auch Erwachsenen über 18 Jahre mit schweren körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen eine Behandlung in einem multiprofessionellen Zentrum ermöglicht werden.	Senatorin für Gesundheit <u>Arbeitsgemeinschaft mit Landesbehindertenbeauftragten</u> , Kostenträgern Ärztekammer, Kassen-ärztlicher Vereinigung, usw. siehe LAP	<b>104</b>
Im Rahmen des Medizinischen Zentrums	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Verbesserung der therapeutischen Angebote speziell für Frauen mit kognitiver Beeinträchtigung.	<u>Senatorin für Gesundheit</u> Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau	<b>105</b>
2017 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Evaluation des inklusiven Prozesses an Bremer Schulen.	Senatorin für Kinder und Bildung	<b>106</b>
2017 fortlaufend	Erziehung und Bildung	Evaluation des inklusiven Prozesses an Bremer Schulen, hier: Berufsbildende Schulen.	Senatorin für Kinder und Bildung	<b>107</b>

2018	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Barrierefreiheit der Informationstechnik in der Justiz: Anpassung des bestehenden elektronischen Gerichts- und Verwaltungspostfachs an den gebotenen Standard von Barrierefreiheit.	Senator für Justiz und Verfassung, Senatorin für Finanzen	<p style="text-align: center;"><b>108</b></p> <p>Senator für Justiz und Verfassung: Der bisherige Bürger-Client wurde zum 01.01.2018 gekündigt. Es ist eine Web-Variante geplant, bei deren Entwicklung die Barrierefreiheit beachtet werden soll. Der Behörden-Client wird ab dem 3. Quartal 2017 ersetzt durch eine Server-Variante, die mit der Rahmenanwendung e<sup>2</sup>A kommuniziert. Hinsichtlich e<sup>2</sup>A wurde die Barrierefreiheit gutachterlich festgestellt.</p>
Ab 2018	Erziehung und Bildung	Planung einer Öffnung der Spezialförderzentren hin zur Regelschule bei Erhalt der bestehenden Ressourcen für besondere Bedarfe.	Senatorin für Kinder und Bildung	<p style="text-align: center;"><b>109</b></p>
2019	LAP	Evaluierung und Fortschreibung des LAP	<u>Alle</u> Ressorts	<p style="text-align: center;"><b>110</b></p> <p style="text-align: center;">AViB / Hr. Geduldig:</p> <p>Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit mit den Akteuren des Bremer Arbeitsmarktes entwickeln. Hierzu soll die AG sbM mit eingebunden werden.</p>

**Laufend/ In Bearbeitung / Kontinuierlicher Prozess/ Kommender Berichtszeitraum**

<b>Zeitraumen der Umsetzung</b>	<b>Handlungsfeld</b>	<b>Maßnahme</b>	<b><u>Federführung</u> Weitere Beteiligte</b>	<b><u>Nummer</u></b>
Laufend	Belange behinderter Menschen mit Migrationshintergrund	<i>Beratungsstelle</i> „Behinderung und Migration“ Eine verlässliche sowie dauerhaft finanzielle Absicherung der ambulanten Unterstützung ist anzustreben.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<b>111</b>  Eine finanzielle Absicherung bzw. Finanzierung einer Beratungsstelle gibt es nicht. Die Senatorin für Soziales hat aber den Zugang zu den unabhängigen niedrigschwelligen Behinderten-Beratungsstellen für behinderte Flüchtlinge aus den Erst- und Notunterkünften und für die Personen mit Behinderung und Migration, die bereits in Bremen leben, ermöglicht.
Laufend	Bürgerschaftliches und politisches Engagement	Beteiligung in Gremien, in Bürgerforen, öffentlichen Sitzungen etc. muss durch eine entsprechende Struktur unterstützt werden: Erstattung des Mehraufwands. Es sind Konzepte zum Abbau bestehender Barrieren beim politischen und bürgerschaftlichen Engagement zu entwickeln.		<b>112</b>
Laufend	Barrierefreie Mobilität	Beschaffung barrierefreier Busse und Bahnen für den Öffentlichen Personennahverkehr.	Senator für Umwelt <u>Bau und Verkehr</u> Bremer Straßenbahn AG	<b>113</b> Zuständig BSAG Wird im Rahmen der verfügbaren Mittel umgesetzt
Laufend	Barrierefreie Mobilität	Herstellung der baulichen Barrierefreiheit in allen Bahnhöfen.	Senator für Umwelt Bau und Verkehr	<b>114</b> Zuständig 52 Wird derzeit im Rahmen des Nahverkehrsplans des ZVBN thematisiert
Laufend	Barrierefreie Mobilität	Barrierefreie Fahrzeuge im Schienengebundenen Personennahverkehr	Senator für Umwelt Bau und Verkehr	<b>115</b> Zuständig 52 Siehe 114



Laufend	Barrierefreie Mobilität	Der Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025 sieht Maßnahmen zur Reduzierung bestehender Barrieren im öffentlichen Verkehrsraum vor. Problembereiche sollen erfasst und Vorschläge zur Beseitigung aufgenommen werden.	Senator für Umwelt Bau und Verkehr	<b>116</b> Zuständig 5 Wird im Rahmen der verfügbaren Mittel umgesetzt
Laufend	Barrierefreie Mobilität	Schulung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fähren Bremen-Stedingen GmbH, um behinderte Menschen zu unterstützen.	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	<b>117</b> Am 22. und 27.10.2015 haben die Schulungen bei der BSAG stattgefunden. Schulungen erfolgen regelmäßig.
Laufend	Bauen & Wohnen	Förderung der Schaffung von rollstuhlgerechten Wohnungen im Rahmen des Wohnungsbauförderungsprogramms.	Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	<b>118</b> Im Rahmen des Sozialen Wohnungsbaus ist der Bau von rollstuhlgerechten Wohnungen seit Jahren ein besonderes Ziel. Dies ist dem Entwurf der Vorlage zum 3. Wohnraumförderungsprogramm noch einmal ausdrücklich erklärt. Zuständig 7
Laufend	Bauen & Wohnen	Die Angebote der offenen Hilfe als gemeindenaher, niedrigschwellige Unterstützung im Sozialraum dauerhaft finanziell absichern.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<b>119</b> Die unabhängigen niedrigschwelligen und offenen Behinderten -Beratungsstellen und Begegnungs- und Unterstützungsmöglichkeiten für behinderte Menschen sind über jährliche Zuwendungen finanziert. Eine Veränderung dazu steht nicht in Aussicht. Die Finanzierung erfolgt als institutionelle Förderung bzw. ist in 2017 entsprechend angepasst.
Laufend	Bauen & Wohnen	Die Angebote der offenen Hilfe für ältere Menschen sollen für Menschen mit Behinderungen zugänglich sein und in barrierefreien Begegnungsstätten stattfinden. Ein Konzept soll darstellen, wie dies hergestellt werden kann.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<b>120</b>

Laufend	Bauen & Wohnen	Den Mobilen Rehabilitationsdienst PRISMA für blinde und sehbehinderte Menschen als gemeindenahen Unterstützungsdienst dauerhaft absichern.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<b>121</b> PRISMA ist abgesichert. Die Senatorin für Soziales hat mit dem Blinden- und Sehbehindertenverein eine Vereinbarung nach § 75 SGB XII geschlossen. Das Training lebenspraktischer Fähigkeiten ist dort als Leistung der Eingliederungshilfe festgelegt.
Laufend	Bauen & Wohnen	Ausdifferenzierung der Unterstützungsangebote für verschiedene Hilfebedarfe und Wohnmodelle - Umwandlung stationärer Angebote in ambulante Unterstützung - durch Abbau von jährlich 5 % stationärer Plätze in Wohnheimen zugunsten ambulanter Unterstützung.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<b>122</b> Fortlaufend finden Gespräche mit diversen Leistungserbringern zur Ambulantisierung ihrer stationären Angebote und Umwandlungen statt. Die Fortsetzung der Ambulantisierung auf Basis der gesetzlichen Änderungen im BTHG ist aktuell zu planen.
Laufend	Erziehung und Bildung	Qualitätsentwicklung in der Erbringung der Komplexleistungen (Zielsetzung).	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, <u>Integration und Sport</u> Krankenkassen	<b>123</b> Heilpädagogische Leistungen und medizinisch therapeutische Leistungen der Krankenkassen werden an einem Ort in den Kindertagesstätten durchgeführt. Dies verbessert die Erreichbarkeit. Im Rahmen eines Modells sind aktuell 40 Kindertagesstätten als Dependancen der Frühförderstellen anerkannt. Dieser Prozess wird fortgesetzt.

<p>Laufend</p>	<p>Erziehung und Bildung</p>	<p>Qualitätsentwicklung in der Zusammenarbeit der Kindertagesbetreuung und der Interdisziplinären Frühförderung (Zielsetzung).</p>	<p>Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, <u>Integration und Sport</u> Krankenkassen</p>	<p style="text-align: center;"><b>124</b></p> <p>Nach erfolgreicher Etablierung von 6 interdisziplinären Frühförderstellen in der Stadtgemeinde Bremen und 3 interdisziplinären Frühförderstellen in der Stadtgemeinde Bremerhaven wurde im Rahmen der Qualitätsentwicklung gemeinsam mit den beteiligten Rehabilitationsträgern (SJFIS und Krankenkassen) sowie den Vertretern der Träger ein gemeinsames Konzept mit Standards zur Anerkennung von Dependancen in Kindertagesstätten erarbeitet. Auf dieser Grundlage konnten inzwischen in Bremen 41 Dependancen in Kindertagesstätten anerkannt werden. Anerkannt werden konnte auch die Heilpädagogische Frühförderstelle-Autismus zur Erbringung der heilpädagogischen Leistungen für autistische Kinder. In Bremerhaven wurden 9 Dependancen und eine Heilpädagogische Frühförderstelle-Autismus anerkannt.</p> <p>Festzustellen ist, dass sich in der Stadtgemeinde Bremen von den anerkannten Dependancen derzeit nur 3 Kindertagesstätten in der Trägerschaft von KiTa Bremen befinden. Der Grund hierfür ist der erhebliche Platzbedarf aufgrund benötigter Kita-Plätze. Die erforderlichen Raumstandards für die Frühförderung können nicht vorgehalten werden. Hier besteht ein Entwicklungsbedarf, den es bei den Umbau- und Neubauverfahren für Kindertagesstätten zu berücksichtigen gilt.</p>
----------------	------------------------------	--	---	--

Laufend	Erziehung und Bildung	Konzeptionelle und strukturelle Entwicklung der gemeinsamen Förderung und Gruppen für unter dreijährige Kinder (Zielsetzung).	Senatorin für Kinder und Bildung	<b>125</b> Siehe Nummer 6
Laufend	Erziehung und Bildung	Zeitnahe Ausstattung von Einrichtungen mit Persönlichen Hilfen zur Sicherstellung des Kitabesuches (Zielsetzung).	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<b>126</b> Die Persönlichen Hilfen zur Sicherstellung des Kindertagesstätten-Besuches werden weiterhin über die Bewilligungen als Einzelleistung für die betroffenen Kinder sichergestellt. Die Ausstattung der Einrichtungen mit Persönlichen Hilfen ist noch offen.
Laufend	Erziehung und Bildung	Zusammenarbeit mit Norddeutschen Ländern bezogen auf Qualitätsentwicklungsfragen und mögliche Bundesinitiative zur Weiterentwicklung der Frühförderverordnung.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<b>127</b> Vertreter/innen des Fachreferates nehmen an den Sitzungen der Norddeutschen Länder teil. Entsprechende Inhalte sind in die Erarbeitung des Bundesteilhabegesetzes geflossen.
Laufend	Erziehung und Bildung	Inklusion als Mittelpunkt des Reformprozesses im Bereich schulische Bildung (Zielsetzung).	Senatorin für Kinder und Bildung	<b>128</b> Ist fester Bestandteil in der Arbeit in Schulen und in der senatorischen Behörde und in den durch sie zu verantwortenden Institutionen
Laufend	Erziehung und Bildung	Qualitätsentwicklung des inklusiven Prozesses an Bremer Schulen (Zielsetzung).	Senatorin für Kinder und Bildung	<b>129</b> Ist im täglichen Prozess der Umsetzung, Bestandteil der Zielvereinbarungsgesprächen zwischen Schulaufsicht und Schulleitungen
Laufend	Erziehung und Bildung	Barrierefreiheit in Schulen <ul style="list-style-type: none"> <li>• Reduzierung der bestehenden Barrieren in Schulen</li> <li>• Abbau der bestehenden Barrieren bei Modernisierung, Umbau und Instandhaltung der Schulen</li> </ul>	Senatorin für Kinder und Bildung	<b>130</b> Beinhaltet der neue Schulstandortplan, der sich im Abstimmungsprozess befindet

Laufend	Erziehung und Bildung	Das Thema Inklusion in allen Hochschulen konzeptionell verankern (Zielsetzung).	Senatorin für Wissenschaft	<b>131</b>
Laufend	Erziehung und Bildung	Den rechtlichen Rahmen an die Erfordernisse der UN-BRK anpassen (Zielsetzung).	Senatorin für Wissenschaft	<b>132</b>
Laufend	Erziehung und Bildung	Das Thema Inklusion mittelfristig in allen geförderten Weiterbildungseinrichtungen systematisch vereinbaren (Zielsetzung).	Senatorin für Kinder und Bildung	<b>133</b>
Laufend	Erziehung und Bildung	Die in der Verantwortung der Einrichtung stehende Umsetzung durch das jeweilige Qualitätsmanagementsystem sicherstellen.	Senatorin für Kinder und Bildung	<b>134</b>
Laufend	Erziehung und Bildung	Barrierefreiheit und Hinweise auf Barrierefreiheit bei den anerkannten Weiterbildungseinrichtungen.	Senatorin für Kinder und <u>Bildung</u> Anerkannte Weiterbildungseinrichtungen	<b>135</b>
Laufend	Erziehung und Bildung	Angebote für Menschen mit Behinderungen öffnen. <ul style="list-style-type: none"> <li>• Neue Zugänge, Inhalte und Begegnungen organisieren,</li> <li>• Best Practise erproben und auswerten,</li> <li>• Konzepte weiterentwickeln</li> </ul>	Senatorin für Kinder und <u>Bildung</u> Anerkannte Weiterbildungseinrichtungen	<b>136</b>
Laufend	Erziehung und Bildung	Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in den anerkannten Weiterbildungseinrichtungen anregen.	Senatorin für Kinder und <u>Bildung</u> Anerkannte Weiterbildungseinrichtungen	<b>137</b>
Laufend bis 2022	Erziehung und Bildung	Angebote im Bereich der Alphabetisierung und Grundbildung erhöhen Das ressortübergreifende Bremen-Konzept für Alphabetisierung und Grundbildung umfasst Maßnahmen zur Alphabetisierung und Grundbildung. Deren Umsetzung und deren Finanzierung sollen im angemessenen Umfang sichergestellt werden.	Senatorin für Kinder und <u>Bildung</u> Bremer Bündnis für Alphabetisierung und Grundbildung	<b>138</b>

Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Arbeitsmarktprogramm PLUS (Arbeitsmarkt-programm für schwerbehinderte Menschen in Kooperation mit den Trägern der Arbeitsvermittlung im Land Bremen, § 16 SchwbAV) weiterführen.	Amt für Versorgung und Integration, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	<b>139</b>  Das Arbeitsmarktprogramm Plus läuft noch bis zum 31.12.2017. Das AVIB befindet sich aktuell in den konkreten Gesprächen zur Neuauflage. Das AMP soll weiter entwickelt werden, u.a. soll ein zusätzlicher Schwerpunkt für schwerbehinderte Auszubildende gelegt werden.
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Prämierung der Einführung eines betrieblichen Eingliederungsmanagements: Jährliche Durchführung eines Wettbewerbs und Auszeichnung.	Amt für Versorgung und Integration	<b>140</b>  Durch die gefestigte Rolle des BEM in der Arbeitswelt als zu-nehmend selbstverständliches Instrument soll auf eine Prämierung künftig verzichtet werden.
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Arbeit der Integrationsberater sicherstellen.	Amt für Versorgung und Integration	<b>141</b>  Die Verträge mit den Integrationsfachdiensten, die die Integrationsberater eingestellt haben, laufen bis zum 31.12.2018. In Bremerhaven erfolgt eine Aufstockung um eine halbe Stelle auf eine VZStelle (vgl. Zi. 24). Das AVIB setzt sich dafür ein, dass auch über 2018 hinausgehend, die Integrationsberater weiter tätig sind. Die Weiterentwicklung wird vorangetrieben.
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Initiative Inklusion Handlungsfeld 1 (Berufs-orientierung für schwerbehinderte Schülerinnen und Schüler) umsetzen.	Amt für Versorgung und Integration, Senator für Wirtschaft, <u>Arbeit und Häfen</u> Weitere siehe LAP	<b>142</b>  Das Bundesprogramm ist aus-gelaufen, 2016/2017 konnten letztmals Mittel des Bundes akquiriert werden. Die intensiven Diskussionen mit SKB und der BA zur dauerhaften Fortführung dauern an.

Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Initiative Inklusion Handlungsfeld 2 (Neue Ausbildungsplätze für schwerbehinderte junge Menschen) umsetzen.	Amt für Versorgung und Integration, Senator für Wirtschaft, <u>Arbeit und Häfen</u> Träger der Arbeitsvermittlung	<b>143</b> <b>Umsetzung ist erfolgt</b> Das Handlungsfeld wurde umgesetzt. Es wurden (bzw. werden teilweise aktuell noch) 22 Ausbildungsplätze gefördert. Damit wurde das vom BMAS vorgegebene Ziel von 10 Ausbildungsplätzen deutlich übertroffen. Es wird angestrebt, dass die sehr guten Erfahrungen und Erfolge aus dem Bundesprogramm im Rahmen der Neuauflage des Arbeitsmarktprogramm Plus ab 2018 mit Mitteln der Ausgleichsabgabe fortgesetzt werden.
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Initiative Inklusion Handlungsfeld 3 (Neue Arbeitsplätze für ältere schwerbehinderte Menschen) umsetzen.	Amt für Versorgung und Integration, Senator für Wirtschaft, <u>Arbeit und Häfen</u> Träger der Arbeitsvermittlung	<b>144</b> Es ist keine Fortsetzung seitens des Bundes vorgesehen. Aufgrund der erreichten Ergebnisse, die nicht überzeugt haben, ist auch keine Fortführung mit Mitteln der Ausgleichsabgabe des Landes vorgesehen.
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Arbeitsgemeinschaftstreffen der Partner vom Amt für Versorgung und Integration und dem Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen im Bereich der Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben weiterführen.	Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen	<b>145</b> Umsetzung läuft Ein Treffen ist im Herbst dieses Jahres – ggf. - mit einem Schwerpunkt verstärkter Öffentlichkeitsarbeit geplant.
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Intensivierung der Bemühungen zusammen mit den Kooperationspartnern Agentur für Arbeit, Jobcenter und Gesamtschwerbehindertenvertretung, junge schwerbehinderte Menschen für eine Ausbildung, ein Praktikum oder ein Referendariat im öffentlichen Dienst zu gewinnen.	<u>Senatorin für Finanzen</u> Agentur für Arbeit, Jobcenter, Gesamtschwerbehinder- tenvertretung	<b>146</b> Laufend
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Beschäftigungsquote von mindestens 6 %.	<u>Senatorin für Finanzen</u> Alle Ressorts	<b>147</b> Laufend (Beschäftigungsquote 2016: 6,97)

Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Unterstützung der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen in Werkstätten für behinderte Menschen gemäß § 141 SGB IX.	<u>Senatorin für Finanzen</u> Alle Ressorts	<b>148</b>  Laufend  Antwort Inneres: Das Ressort sucht laufend nach weiteren Möglichkeiten, über die schon bestehende Kooperation hinaus, Beschäftigung für Menschen mit Behinderung in Werkstätten für behinderte Menschen (Werkstatt Bremen) zu finden.
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Verstärkung und Systematisierung bestehender Ansätze in der Schnittstelle von Betrieblichem Gesundheitsmanagement und Arbeitsschutz (zum Beispiel im Handlungsfeld psychische Belastung und deren Integration in die Gefährdungsbeurteilung).	Senatorin für Finanzen	<b>149</b>  Eine Handlungshilfe zur Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastung bei der Arbeit wurde gemeinsam von der Senatorin für Finanzen (Kompetenzzentrum Gesundheitsmanagement) und den Fachdiensten für Arbeitsschutz erstellt. Die Unterstützung der Dienststellen bei der Gefährdungsbeurteilung erfolgt zukünftig in Kooperation.
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Entwicklung und Durchführung von Kampagnen zur Prävention durch das Kompetenzzentrum Gesundheit. (Aktuell 2013/14 zum Beispiel Kampagne zur Rückenprävention).	Senatorin für Finanzen	<b>150</b>  Die Entwicklung eines neuen Präventionsthemas (voraussichtlich psychisch Gesundheit) ist für 2017 in Vorbereitung
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Spezielle Angebote für gehörlose und hörgeschädigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im zentralen Fortbildungsprogramm der Freien Hansestadt Bremen.	Senatorin für Finanzen	<b>151</b>  Wird regelmäßig im zentralen Fortbildungsprogramm angeboten; d.h. auch im neuen Programm 2017/2018
Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen zur Stärkung der Eigenverantwortung der Beschäftigten für Ihre Gesundheit im zentralen Fortbildungsprogramm der Freien Hansestadt Bremen	Senatorin für Finanzen	<b>152</b>  Wird regelmäßig im zentralen Fortbildungsprogramm angeboten, d.h. auch im neuen Programm 2017/2018.



Laufend	Arbeit und Beschäftigung	Berücksichtigung des Punktes Gesundheitsmanagement in der Führungskräftefortbildung im zentralen Fortbildungsprogramm der Freien Hansestadt Bremen	Senatorin für Finanzen	<b>153</b> Wird regelmäßig im zentralen Fortbildungsprogramm angeboten, d.h. auch im neuen Programm 2017/2018.
Kontinuierlicher Prozess	Gesundheit und Pflege	Bei Neubau von Arzt- und Psychotherapiepraxen oder Neuzulassung von Ärztinnen, Ärzten und Psychotherapeutinnen, Psychotherapeuten prüft die zuständige Stelle, ob § 50 Absatz 2 Nummer 9 der Bremischen Landesbauordnung eingehalten wurde.	Die Zuständigkeit liegt bei der <u>Selbstverwaltung</u> . Die Senatorin für Gesundheit wirbt um die Einhaltung der Bremischen Landesbauordnung und der Beteiligung beim Stadtführer „Barrierefreies Bremen“.	<b>154</b> Hierzu gibt es keine neuen Erkenntnisse. Die Gesundheitsbehörde hat darauf keinen direkten Einfluss.
Die Umsetzung ist eine laufende Aufgabe	Gesundheit und Pflege	Das Herstellen der Barrierefreiheit in den Kliniken bei Neubau-Maßnahmen.	Bremische Krankenhausgesellschaft und Krankenhäuser im Lande Bremen	<b>155</b> Diese Umsetzung ist eine Aufgabe der ‚Selbstverwaltung‘ und somit eine Angelegenheit der Krankenhäuser selbst und der Bremischen Krankenhausgesellschaft. Die Gesundheitsbehörde setzt sich weiterhin für das Herstellen der Barrierefreiheit ein.

Umsetzung der genannten Maßnahmen ist eine kontinuierliche Aufgabe	Gesundheit und Pflege	Weiterentwicklung der Psychiatriereform einschließlich des Ausbaus ambulanter Hilfen und von Home Treatment Angeboten..... (siehe LAP Seite 90)	<u>Senatorin für Gesundheit</u> Leistungsanbieter und Leistungsträger, Psychiatrische klinische Einrichtungen, Träger der Freien Wohlfahrtspflege, Nutzerinnen/Nutzer und Angehörige	<b>156</b> Über die Begleitgruppe Psychiatrie werden die Modellprojekte zur sektorübergreifenden Behandlung, zum Hometreatment und zur Einrichtung gemeindepsychiatrischer Verbände unterstützt. Die Weiterentwicklung der Psychiatriereform in Bremen verläuft aber langsamer, als von der Gesundheitsbehörde gewünscht. Daher stellt sie im Haushalt 2016 und 2017 Modellgelder zur Verfügung. Diese sollen dafür eingesetzt werden, ein Nachtcafé aufzubauen, regionale Krisenintervention zu erproben und die Vernetzung von stationären und teilstationären und ambulanten Angeboten zu verbessern. Dies soll insbesondere Menschen zu Gute kommen, die der wegen der Vielfalt ihrer Problemlagen lange im Krankenhaus bleiben müssen oder in geschlossenen Heimen außerhalb Bremens untergebracht werden.
Fortlaufend	Gesundheit und Pflege	Maßnahmen für die Personengruppe „ältere Menschen mit Behinderung“ entwickeln.	<u>Landesteilhabebeirat</u> Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<b>157</b> Die Bearbeitung als Thema im Landesteilhabebeirat ist noch nicht erfolgt.
Fortlaufend	Gesundheit und Pflege	Standards für Pflege von Menschen mit Behinderungen entwickeln.	<u>Landesteilhabebeirat</u> Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<b>158</b> Die Bearbeitung als Thema im Landesteilhabebeirat ist noch nicht erfolgt.
Fortlaufend	Kultur, Freizeit und Sport	Aufnahme der Türbreiten in den Veranstaltungshinweisen (Entsprechende Vorgespräche sind seitens des Ressorts geführt worden, und es wurde Zustimmung seitens vieler Einrichtungen signalisiert).	<u>Senator für Kultur</u> Kultureinrichtungen	<b>159</b> Wird von den Einrichtungen überwiegend umgesetzt; läuft weiter

Fortlaufend bei anstehenden Sanierungsmaßnahmen	Kultur, Freizeit und Sport	Die Herstellung der Barrierefreiheit in den kulturellen Einrichtungen, Museen, Theatern unter Beachtung der Rechtsträgerstruktur für die Bedarfe aller Personengruppen, insbesondere für sehbehinderte, blinde, gehörlose und auf den Rollstuhl angewiesene Menschen.	<u>Senator für Kultur Immobilien Bremen</u>	<b>160</b> Wird bei Bauvorhaben unter Beteiligung der öffentlichen Hand umgesetzt. Das Ressort hat die bremischen Kultureinrichtungen gebeten, die Mitnahme von Assistenzhunden zu ermöglichen. Gesamter Prozess läuft weiter
Kontinuierlich im Rahmen der vorhandenen Ressourcen	Kultur, Freizeit und Sport	Veränderung der Angebote der Volkshochschule: Inklusiv und für alle Personengruppen.	<u>Senator für Kultur Kultureinrichtungen</u>	<b>161</b> Fortlaufend
Kontinuierlich im Rahmen der vorhandenen Ressourcen	Kultur, Freizeit und Sport	Einwirken auf die Kultureinrichtungen, Angebote für Menschen mit Sehbehinderungen zu schaffen: Die Kultureinrichtungen werden aufgefordert, die Belange sehbehinderter Menschen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu berücksichtigen und insbesondere bei der Erarbeitung neuer Angebote mit in den Fokus zu nehmen.....	<u>Senator für Kultur Kultureinrichtungen</u>	<b>162</b> Kunsthalle: Spezielle Angebote für Sehbehinderte; Botanika: Führungen für Sehbehinderte; Gerhard-Marcks-Haus: Inklusive Führungen. Audioguides gibt es unter anderem in der Kunsthalle, Museen Böttcherstraße, Focke-Museum. In einigen Museen haben Begleitpersonen für Sehbehinderte freien Eintritt; Blindenführhunde sind i.d.R. willkommen Prozess läuft weiter
Kontinuierlich im Rahmen der vorhandenen Ressourcen	Kultur, Freizeit und Sport	Einwirken auf die Kultureinrichtungen, gemeinsame Angebote für gehörlose und hörende Menschen schaffen: Die Kultureinrichtungen werden aufgefordert, die Belange gehörloser Menschen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu berücksichtigen und insbesondere bei der Erarbeitung neuer Angebote mit in den Fokus zu nehmen.	<u>Senator für Kultur Kultureinrichtungen</u>	<b>163</b> Fortlaufend
Fortlaufend	Kultur, Freizeit und Sport	Einwirken auf die Einrichtungen, Leichte Sprache einführen: Homepages der Einrichtungen werden sukzessive mit entsprechenden Texten versehen.	<u>Senator für Kultur Kultureinrichtungen</u>	<b>164</b> Prozess läuft

Fortlaufend	Kultur, Freizeit und Sport	Weitere Umsetzung der Barrierefreiheit in den Sportstätten und Bädern, insbesondere bei Instandhaltung / Sanierung und Neubau.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, <u>Integration und Sport</u> Bremer Bädergesellschaft, sof. Bäder betroffen sind	<b>165</b>  Bei allen Neubauten wird der LBB mit einbezogen. Die Bauten Ihletal & Burglesum sind entsprechend abgestimmt.  In den Bädern gelten die KOK(Koordinierungskreis Bäder)-Richtlinien, diese werden auch bei den Neubauten umgesetzt. Bei den vorhandenen Bädern werden die Ausstattungen weiterhin optimiert.
Fortlaufend bei Um- und Neubaumaßnahmen	Kultur, Freizeit und Sport	In den Bädern sollen mehr Schränke mit tastbaren Ziffern zur Verfügung stehen sowie Umkleibereiche, in denen beide Geschlechter Zugang haben.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, <u>Integration und Sport</u> Bremer Bädergesellschaft	<b>166</b>  Siehe Anmerkungen unter Nummer 165
Fortlaufend	Kultur, Freizeit und Sport	Zusätzliche Badelifter in den Bädern zur Verfügung stellen.	<u>Senatorin für Sport</u> Bremer Bädergesellschaft	<b>167</b>  Siehe Anmerkungen unter Nummer 165
Fortlaufend	Kultur, Freizeit und Sport	Einwirken auf den organisierten Sport, dass nicht allein die Infrastruktur des Sports sondern die Sportangebote und –veranstaltungen auch inhaltlich barrierefrei ausgestaltet werden.	<u>Senatorin für Sport</u> Landessportbund	<b>168</b>  Entsprechende Angebote des organisierten Sport (Bremer Verein f. Luftfahrt e.V., Impuls e.V., Bremer Yachtclub e.V., Bremer Fußball Verband e.V. , Tennisverein Rot-Weiss e.V. usw.) haben stattgefunden und werden verstetigt
Fortlaufend	Kultur, Freizeit und Sport	Unterstützung der Schulung der Übungsleiterinnen, Übungsleiter bei Bedarf auch mit Gebärdensprachdolmetscherinnen, Gebärdensprachdolmetschern, im Rahmen der Möglichkeiten der Sportfördermittel.	<u>Senatorin für Sport</u> Fachverbände	<b>169</b>  2016 wurden und 2017 werden entsprechende Angebote seitens des organisierten Sports (LSB, BSB, SOB) durchgeführt

Fortlaufend	Kultur, Freizeit und Sport	Absicherung der professionellen und ehrenamtlichen Unterstützung im Sport.	Senatorin für Sport	<b>170</b> Fortlaufender Prozess, im Rahmen des Sportfördergesetzes / der Richtlinien für Sportförderung
Fortlaufend bei Bedarf	Kultur, Freizeit und Sport	Unterstützung von Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskurse für Mädchen und Frauen mit Behinderungen (vergleiche Handlungsfeld 7).	<u>Senatorin für Sport</u> ZGF, Krankenkassen	<b>171</b> ZGF bemüht sich auf der Grundlage der Standards Selbstbehauptung um Abstimmung mit dem Sportressort
Fortlaufend	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Ausbau der Barrierefreiheit bei den Amtsgerichten und dem Landgericht.	Senator für Justiz und Verfassung	<b>172</b> Der Zugang zum Amtsgericht Bremen und inzwischen auch zum Landgericht Bremen entspricht nunmehr den baulichen barrierefreien Anforderungen. Auch in den Gebäuden ist nunmehr die barrierefreie Erreichbarkeit aller Stockwerke gegeben.

Fortlaufend	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Fortbildung der Richterinnen und Richter, Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Betreuungsbehörden und Betreuungsvereine sowie der ehrenamtlichen und beruflichen Betreuerinnen und Betreuer und Bevollmächtigten zu Bedeutung und Folgen der UN-BRK für das Betreuungsrecht, die betreuungsrechtliche und die gerichtliche Praxis.	Senator für Justiz und Verfassung, Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<p style="text-align: center;"><b>173</b></p> <p style="text-align: center;"><u>Justiz:</u></p> <p>Die Mitarbeiter/-innen der Betreuungsgerichte sind durch die tägliche Praxis für die Belange von Menschen mit Behinderungen sensibilisiert. Kernpunkte der UN-BRK werden Gegenstand einer Fortbildung für Führungskräfte in der Justiz sein.</p> <p>Im November 2017 wird ein vom Senator für Justiz und Verfassung, der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport sowie vom Landesbehindertenbeauftragten gemeinsam veranstalteter Fachtag zur Umsetzung der UN-BRK im Betreuungsrecht stattfinden.</p> <p style="text-align: center;"><u>Soziales:</u></p> <p>Das Bundesministerium hat den Bedarf nach Fortbildungen für Richter zur UN-BRK abgefragt. Es gibt einen Termin im Oktober, um das Thema zu beraten. Daran nehmen Vertreter der Focal Points in den Ländern, Richter und die Monitoring-Stelle zur Umsetzung der UN-BRK teil</p> <p>Im November 2017 soll ein Fachtag mit dem Thema „Umsetzung der UN-BRK in der Betreuungs-Praxis“ stattfinden. Der Fachtag wird von Soziales, Justiz und dem Landesbehindertenbeauftragten gemeinsam veranstaltet. Eingeladen werden alle in der Maßnahme aufgezählten Gruppen.</p>
-------------	----------------------------------	--	--	---

Fortlaufend	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Öffentlichkeitsarbeit durch Broschüren zu Einzelthemen des Betreuungsrechts insbesondere zu vorsorgenden Verfügungen und Übertragung der Broschüren in Leichte Sprache.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<p style="text-align: center;"><b>174</b></p> <p>Die Broschüren zu Vorsorge-Vollmachten, Betreuungs-Verfügungen und Patienten-Verfügungen in Leichter Sprache sind fertig und wurden veröffentlicht. Die Broschüren werden nun regional und überregional beworben.</p>
Fortlaufend	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Anpassung des Aus- und Fortbildungsprogramms an die Vorgabe aus der UN-BRK, mit dem Ziel der Sensibilisierung für Situationen behinderter Menschen.	Senator für Inneres	<p style="text-align: center;"><b>175</b></p> <p>Im Rahmen der Aus- und Fortbildung werden laufend Veranstaltungen angeboten, die für die Situation behinderter Menschen sensibilisieren sollen; 2016 z.B. „Polizei und psychisch Kranke“ – Das Seminar will einen Überblick über gängige psychische Erkrankungen und deren Erscheinungsbild sowie einen Überblick über Organisationen, die in diesem Bereich arbeiten, geben.</p> <p>Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Aus- und Fortbildungsveranstaltungen zum Thema „sexualisierte Gewalt“, in denen auch „sexualisierte Gewalt“ gegen Behinderte thematisiert wird.</p> <p>In der Führungskräftequalifikation wird darüber hinaus im Teilmodul „Diversity Management“ die Situation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgegriffen, die sich in ihrer täglichen Arbeit mit Menschen mit Behinderungen auseinandersetzen müssen.</p> <p>Der Sachstand ist nach wie vor aktuell. Die angesprochenen Seminare in der Fortbildung haben sich etabliert und laufen entsprechend weiter. Für die Ausbildung gilt die Kernaussage weiterhin.</p>

Fortlaufend	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Ausbau der Zusammenarbeit Werkstatt Bremen und Polizei Bremen <ul style="list-style-type: none"> <li>unter anderem Übernahme von Aufgabenpaketen im Rahmen der Umorganisation der Materialverwaltung</li> </ul>	Senator für Inneres	<p style="text-align: center;"><b>176</b></p> <p>Es wird permanent nach weiteren Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der Werkstatt Bremen und der Polizei gesucht. Das letzte Projekt – die Übernahme der Beweisstückstelle – wurde im Januar 2013 erfolgreich realisiert. Auch die Druckerei der Werkstatt Bremen wird seit Jahren regelmäßig von den Behörden des Ressorts in Anspruch genommen</p> <p>Die im Rahmen der Umorganisation angedachte Übernahme von Aufgabenpaketen durch Werkstatt Bremen wird nicht umgesetzt werden, da mit Einführung von „BreKat“ (Beschaffungsportal) die Materialien per Kataloganforderungen bestellt werden und somit eine Lagerhaltung nicht mehr notwendig sein wird.</p>
Fortlaufend	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Barrierefreier Zugang zu bestehenden Einrichtungen im Gewaltbereich.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport; <u>Immobilien Bremen</u> Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau	<p style="text-align: center;"><b>177</b></p> <p>Teil einer Gesamtstrategie zur Verbesserung der Situation gewaltbetroffener Frauen und Mädchen mit Behinderung/Beeinträchtigung. Schwerpunktsetzung bei der ZGF musste wegen besonderer Aufgaben im Flüchtlingsbereich verschoben werden. Fachberatungsstellen bieten Frauen mit Behinderung/Beeinträchtigung Beratungen an mit Rollstühlen zugänglichen Orten an soweit sie nicht barrierefrei zugänglich sind; die Kolleginnen in den Einrichtungen nehmen an Fortbildungen zum Arbeitsfeld teil. Eines von drei Frauenhäusern in Bremen Stadt ist barrierefrei zugänglich.</p>



Fortlaufend	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Unterstützung und Bezuschussung von Selbstbehauptungs- und Selbstverteidigungskursen durch Träger des Sports.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport; ZGF	<p style="text-align: center;"><b>178</b></p> <p>ZGF bemüht sich auf der Grundlage der Standards Selbstbehauptung um Abstimmung mit dem Bereich Sport.</p> <p>Die Fachgruppe „Standards Selbstbehauptung“ arbeitet an diesem Thema. Es finden zurzeit Gespräche mit Krankenkassen statt, um die Möglichkeiten von Kostenerstattungen als Reha-Sport für Bremen zu schaffen. Der Landessportbund arbeitet als Mitwirkender der Fachgruppe an Weiterbildungsmodulen für Selbstbehauptung für Frauen mit Behinderung als Reha-Sport.</p>
Fortlaufend	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Entwicklung bzw. Weiterentwicklung bestehender Leitlinien zum Schutz vor Gewalt anregen und voranbringen.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, <u>Integration und Sport</u> ZGF	<p style="text-align: center;"><b>179</b></p> <p>Kurz-mittel- und langfristige und erreichbarer Ziele wurden verabredet. Der AK Gewalt gegen Frauen und Mädchen arbeitet gemeinsam mit der ZGF an einer Weiterentwicklung der Arbeit der Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen, um diese auch für Frauen und Mädchen mit Behinderung zugänglicher zu machen. Einzelne Einrichtungen haben sich bereits konzeptionell damit befasst und Mitarbeiterinnen wurden geschult.</p>

Fortlaufend	Barrierefreie Information und Kommunikation	<p>Verbesserungen im zentralen Dokumentenmanagementsystem VISkompakt: Das Managementsystem VISkompakt hat Schwächen hinsichtlich der Barrierefreiheit - für zukünftige Versionen wird der Hersteller PDV Systeme GmbH Verbesserungen herbeiführen.</p>	<p><u>Senatorin für Finanzen</u> Gesamtschwerbehinderten - Vertretung Gesamtpersonalrat, Landesbehindertenbeauftragter</p>	<p style="text-align: center;"><b>180</b></p> <p>In der im April 2017 eingeführten Version VIS 5.3 wurden weitere Verbesserungen bezogen auf Ergonomie und Barrierefreiheit umgesetzt. Die Firma PDV hat eine Planung für die Weiterentwicklung des Smartclients für die Version 5.4 vorgelegt. Der Schwerpunkt liegt auf der Tastaturbedienbarkeit. Die vollständige Umsetzung der Barrierefreiheit ist für die Version 6 angekündigt. Die Unterlagen und Aussagen lassen ein strukturiertes Vorgehen erkennen. Eine Evaluation ist über Workshops mit dem ifib, dem AFZ und einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe unter Beteiligung des SBV vorgesehen.</p> <p>fortlaufend bislang in der aktuellen Version (VIS 5.3) nicht barrierefrei erschließbar</p>
Fortlaufend	Barrierefreie Information und Kommunikation	<p>Contentmanagementsystem Six (KoGIs-Baukasten): Die Internetauftritte der Bremischen Verwaltung verwenden fast vollständig den barrierefreien KoGIs-Baukasten. Das verwendete Contentmanagementsystem der Firma Six Offene System hat seit der Version 8 große Fortschritte bei der Erfüllung der Barrierefreiheit geleistet.</p>	<p><u>Senatorin für Finanzen</u> Gesamtschwerbehinderten - Vertretung Gesamtpersonalrat, Landesbehindertenbeauftragter</p>	<p style="text-align: center;"><b>181</b></p> <p>Bei der geplanten Umstellung auf die neue SixCMS-Version 10 in 2018 wird das Contentmanagementsystem erneut vollständig auf Barrierefreiheit überprüft. Fortlaufend</p>

Fortlaufend	Barrierefreie Information und Kommunikation	Umsetzungen in den Internetauftritten der Bremischen Verwaltung – KoGIs: Die Internetauftritte der Bremischen Verwaltung verwenden zunehmend Texte in Leichter Sprache und Videos in Deutscher Gebärdensprache.	<u>Alle</u> Ressorts	<p align="center"><b>182</b></p> <p>Antwort Inneres: Im Ressort Senator für Inneres wurden bisher folgende Maßnahmen umgesetzt: Senatorische Dienststelle, Polizei, Stadtamt, Statistisches Landesamt: Text in leichter Sprache vorhanden, Polizei darüber hinaus auch Gebärdenvideo. Die Feuerwehr hat bisher noch keine Maßnahme umgesetzt.</p> <p>Antwort Umwelt, Bau und Verkehr: Zuständig 130-2 Erledigt</p> <p>AVIB / Hr. Geduldig: Die geforderten Maßnahmen wurden umgesetzt. Ein Text in leichter Sprache steht zur Verfügung und das geforderte Gebärdensprachvideo ist eingestellt.</p>
Fortlaufend	Barrierefreie Information und Kommunikation	Barrierefreie Information und Kommunikation für Menschen mit Sinnesbehinderungen und kognitiven Einschränkungen verbessern. Siehe LAP	Alle Ressorts <u>Senatorin für Finanzen</u> Aus- und Fortbildungszentrum und das Büro für Leichte Sprache der Lebenshilfe Bremen	<p align="center"><b>183</b></p> <p align="center">Fortlaufend</p>
In Abarbeitung	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Prüfung von Möglichkeiten, die Zusammenarbeit mit der Werkstatt Bremen öffentlichkeitswirksamer zu gestalten <ul style="list-style-type: none"> <li>• Entwurf eines gemeinsamen Logos und Veröffentlichung an ausgewählten Dienststellen</li> </ul>	Senator für Inneres	<p align="center"><b>184</b></p> <p>Die Zusammenarbeit zwischen der Werkstatt Bremen und der Polizei wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit bei vielfältigen Gelegenheiten sowohl von der Werkstatt Bremen als auch der Polizei immer wieder hervorgehoben. Ein gemeinsames Logo erscheint vor diesem Hintergrund entbehrlich.</p>

In Bearbeitung	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Erarbeitung einer Grundlage zur Darstellung der Schnittstellenbereiche der UN-BRK auf die polizeiliche Aufgabenwahrnehmung im Land Bremen. Identifizierung möglicher Schwachstellen mit anschließender Prüfung von Maßnahmen zur optimierten Umsetzung der Vorgaben aus der UN-BRK. Anlassbezogene Steuerung von Ergebnissen im Verlauf der Abarbeitung.	Senator für Inneres	<p style="text-align: center;"><b>185</b></p> <p>Beim Senator für Inneres wurde im Rahmen eines Projekts eine Schwachstellenanalyse vorgenommen. Für den barrierefreien Zugang von Objekten ist ein entsprechender Eintrag im internen Liegenschaftskataster der Polizei vorgenommen worden. In diesem Zusammenhang wurde auch das Teilprojekt „Stadtführer barrierefreies Bremen“ weitergeführt und befindet sich in der konkreten Abarbeitung.</p> <p>Zeitraumen der Umsetzung: Fortlaufend</p> <p>Für den barrierefreien Zugang von Objekten ist ein entsprechender Eintrag im internen Liegenschaftskataster der Polizei vorgenommen worden. Je nach konkreter Situation vor Ort und anstehenden übergreifenden größeren Baumaßnahmen werden Verbesserungen in punkto Barrierefreiheit umgesetzt.</p>
In weiterer Bearbeitung	Schutz der Persönlichkeitsrechte	<p>Entwicklung eines standardisierten Verfahrens zur Fesselung von Gehörlosen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Prüfung einer speziellen Handfessel für Gehörlose</li> </ul>	Senator für Inneres	<p style="text-align: center;"><b>186</b></p> <p>Im Einzelfall mag die Fesselung von Gehörlosen zu Problemen führen. Da es sich aber um kein generelles Problem handelt, wird diese konkrete Maßnahme nicht weiter verfolgt. Ggf. kann dieser Punkt in die Fortbildung aufgenommen werden (s. Nr. 155) um für die Problematik zu sensibilisieren. Darüber hinaus prüft die Polizei zurzeit, ob die Vorschriften zur Anwendung unmittelbaren Zwangs im Hinblick auf die Belange Behinderter angepasst werden müssen.</p> <p>Im Mai 2016 wurde seitens der Polizei Bremen kommuniziert, dass nicht die</p>

				Absicht besteht, Gehörlosenfesseln zu beschaffen. Die Fesselung von Gehörlosen oder Menschen mit anderen körperlichen Einschränkungen oder Behinderungen erfolgt nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Der PVP der Polizei Bremen hat angewiesen, dass die Dienstanweisung Unmittelbarer Zwang in diesem Punkt bis spätestens 2018 modifiziert wird und die Mitarbeiter der Polizei Bremen in Bezug auf die UN-Behindertenrechtskonvention besonders sensibilisiert werden. Dieses wird bei der nächsten Anpassung der Dienstanweisung erfolgen.
In weiterer Bearbeitung	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Vereinheitlichung des Fax Vordrucks zwischen der Polizei Bremen, der Ortspolizeibehörde Bremerhaven, der Feuerwehr Bremerhaven und der Feuerwehr Bremen und Veröffentlichung im Internet der jeweiligen Behörden.	Senator für Inneres	<p><b>187</b></p> <p>Aus Sicht der Polizei besteht kein zwingender Bedarf zur Vereinheitlichung der Fax-Vordrucke. Unabhängig davon werden die Fax-Vordrucke auf eine bessere Verwendbarkeit hin überprüft und ggf. angepasst.</p> <p>Ein weiterer Anpassungsbedarf bzw. eine Vereinheitlichung wird für nicht erforderlich gehalten. Zuletzt wurde das Notruf-Fax im Jahr 2014 angepasst, um die Voraussetzungen für eine behindertengerechte Polizeiarbeit zu verbessern.</p>
Planung abhängig von Finanzierung	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Schaffung eines qualifizierten Beratungsangebotes zur Stärkung der Vorsorge insbesondere durch Unterstützung bei der Errichtung von Vollmachten durch anerkannte Betreuungsvereine, § 1908f Absatz 4 BGB.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<p><b>188</b></p> <p>Das Angebot wurde geschaffen. In Bremen gibt es dafür vier Vereine. In Bremerhaven gibt es einen Verein. Vier Vereine bekommen für die Beratungen Geld von der Senatorin für Soziales.</p>

Planung abhängig von Finanzierung	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Schaffung eines Angebots (Projekt) zur Beratung und Unterstützung unterhalb von rechtlicher Betreuung für Personen, die entscheidungsfähig sind, aber Unterstützung und Assistenz benötigen.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<p style="text-align: center;"><b>189</b></p> <p>Der Landesteilhabebeirat hat zu dieser Maßnahme einen entsprechenden Beschluss gefasst. Ein Projekt wurde von der Senatorin für Soziales zusammen mit dem Verein SelbstBestimmt Leben konzipiert. Das Projekt heißt „Organisations-Assistenz“.</p> <p>2017 und 2018 wird es einen ersten Probelauf mit drei bis vier Assistenzen geben. Hierfür wird ein Konzept entwickelt, wie die Assistentinnen und Assistenten geschult und begleitet werden sollen. Mit den Erfahrungen aus dem Probelauf soll das Konzept für die nächste Projektphase weiterentwickelt werden.</p>
Planung abhängig von Finanzierung	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Vermeidung von freiheitsentziehenden Maßnahmen in Einrichtungen für Menschen im Alter und mit Beeinträchtigungen durch eine moderierte ethische Fallbesprechung.... Siehe LAP	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<p style="text-align: center;"><b>190</b></p> <p>Hospize in Bremen bieten die Ethische Fallbesprechung an. Eine Broschüre dazu ist fertig und wurde am 9. Mai 2016 von der Senatorin vorgestellt. Die Senatorin hat dafür die Zeitungen in Bremen und das Fernsehen eingeladen.</p> <p>Die bisherigen Erfahrungen mit der Broschüre werden im April 2017 zusammen mit der Heimstiftung und den beteiligten Hospizen ausgewertet.</p>
Abhängig von der Entwicklung auf Bundesebene	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Förderung einer bundesrechtlichen Regelung zur psychosozialen Prozessbegleitung für Opfer von Straftaten.	Senator für Justiz und Verfassung (beteiligt)	<p style="text-align: center;"><b>191</b></p> <p>Die Umsetzung einer psychosozialen Prozessbegleitung für Opfer von Straftaten läuft in Bremen.</p>

<p>Abhängig von der Entwicklung auf Bundesebene</p>	<p>Schutz der Persönlichkeitsrechte</p>	<p>Prüfung, wie die Unterstützung von Gewalt betroffener behinderter Frauen und Mädchen in Strafverfahren gewährleistet ist und gegebenenfalls verbessert werden kann.</p>	<p>Senator für Justiz und Verfassung, Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport; Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau</p>	<p><b>192</b> Justiz: Die psychosoziale Prozessbegleitung ist bundesrechtlich im PsychPbG und landesrechtlich im BremAGPsychPbG sowie in der Verordnung zum BremAGPsychPbG geregelt. Psychosoziale Prozessbegleiterinnen und Prozessbegleiter werden speziell ausgebildet. In Bremen wird die Fortbildungsmaßnahme von der Hochschule für öffentliche Verwaltung angeboten. Die erste psychosoziale Prozessbegleitung in Bremen hat bereits stattgefunden.  ZGF: Steht noch aus</p>
<p>Kommender Berichtszeitraum</p>	<p>Schutz der Persönlichkeitsrechte</p>	<p>Information an die Träger von Behinderten-Beratungsstellen und Wohneinrichtungen über das Angebot der Traumaambulanz, damit diese von Gewalt betroffenen behinderten Frauen hinreichend genutzt wird.</p>	<p>Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, <u>Integration und Sport</u> Amt für Versorgung und Integration, Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau</p>	<p><b>193</b> Bei der Erarbeitung des Landesaktionsplans wurde im TEEK über das Angebot berichtet, die Behinderten-Beratungsstellen waren vertreten. Eine schriftliche Information an die Behinderten-Beratungsstellen steht noch aus.  Im Rahmen des 1. Fachgespräches zur Versorgung von Menschen mit geistiger Behinderung und zusätzlichen psychischen Beeinträchtigungen am 18.03.2015 wurde über das Angebot der Trauma-Ambulanzen informiert.</p>
<p>Kommender Berichtszeitraum</p>	<p>Schutz der Persönlichkeitsrechte</p>	<p>Die Erarbeitung von Curricula für die Übungsleiterinnen und Übungsleiter unterstützen.</p>	<p>Landessportbund, Landesbehinderten-<u>sportverband</u> ZGF</p>	<p><b>194</b> ZGF: Ist als Folgeaufgabe im Rahmen der Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Standards Selbstbehauptung gesetzt. Der LSB arbeitet aktuell daran.</p>

Kommender Berichtszeitraum	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Schaffung der Rahmenbedingungen (Barrierefreiheit, barrierefreie Kommunikation, Gebärdensprachdolmetscherinnen, Assistentinnen) speziell für Mädchen und Frauen in Freizeit und Sport.	Landessportbund, Landesbehindertensportverband	<b>195</b>
Kommender Berichtszeitraum	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Den Rechtsanspruch auf gleichgeschlechtliche Pflege und Wahl der pflegenden Person umsetzen. Mit Blick auf mögliche Probleme in kleineren Einrichtungen zum Beispiel bei Nachtschichten Lösungsansätze erarbeiten.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport	<b>196</b>  Bei den drei Trägern – „Ambulante Maßnahme Persönliche Assistenz (ISB)“ ist gleichgeschlechtliche Pflege und Wahl der pflegenden Person der Anspruch und überwiegende Wirklichkeit. Mit den Trägern der Wohnangebote für Menschen mit geistiger Behinderung soll im Rahmen des Arbeitskreises der LAG das Thema im Herbst 2017 beraten werden.
Kommender Berichtszeitraum	Schutz der Persönlichkeitsrechte	Verbesserung des Gewaltschutzes bei Gewalt in Beziehungen, wenn die Täterin, der Täter die pflegende Person ist. Bedarf erheben und Vorschläge entwickeln.	Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, <u>Integration und Sport</u> Ressortübergreifende AG „Häusliche Gewalt“, ZGF	<b>197</b>  Steht noch aus